

Die Baugewerkschafft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Aboonimentspreis pro Quartal 2,- Mk. (ohne
Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pt., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Haupt-
straße 116, Fernsprecher: Amt Lüthow, 2513.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsanzeige u. dergl.
sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 38.

Berlin, den 22. September 1912.

13. Jahrgang.

Zur Lage des Baugewerbes.

Abschließend von der wirtschaftlichen Konjunktur Deutschlands im allgemeinen liegt die Konjunktur im Baugewerbe. In der Industrie ist der Geschäftsgang ein befriedigender, in der Eisenindustrie sogar ein recht guter. In der Textilindustrie, die in der ersten Hälfte des Jahres ein wenig befriedigenden Geschäftsgang aufzuweisen hatte, ist eine Besserung eingetreten. Der von dem Direktor der Deutschen Bank, Herrn von Gwinnett, angekündigte Umschwung in der Konjunktur unserer Industrie hat greifbare Anzeichen, zu bisher nicht geliefert. Die Kurse der Industriestoffe erfuhrn durch die Omnipräsenz Prophezeiungen einen zeitweiligen Rückgang, stiegen aber bald wieder, insbesondere auf die Meldungen hin von der Besserung des amerikanischen Wirtschaftsmarktes. Die Aussichten für das kommende Jahr sind nach dem Ausfall der diesjährigen Ernte keine ungünstigen. Die Eisenindustrie ist noch mit Aussträgen versehen, die weit in das nächste Jahr hinaüberreichen.

Demgegenüber ist die allgemeine Lage des Baugewerbes eine wenig befriedigende. Gewiß, es gibt eine Reihe Orte, wo eine recht flotte Bauaktivität herrscht, aber um so mehr gibt es andere, wo sie recht mittelmäßig oder gar flau ist. Das ist, in dem allgemeinen Geschäftsgang gemessen, eine sehr bemerkenswerte Tatsache.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind mannigfache. In erster Linie liegen sie in den ungünstigen und unsicheren Kreditverhältnissen für das Baugewerbe. Es ist eine Tatsache, daß das Baugewerbe weniger rentiert wie andere Industrieunternehmungen. Auf die Gründe dieser Erscheinung wollen wir hier nicht eingehen, wollen nur bemerken, daß sie vorwiegend in dem ungesunden Submissionszusammenhang liegen. Da unser Wirtschaftsleben in der Hauptsache auf den Kredit angewiesen ist, wendet sich dieser erkrankungsgemäß solchen Unternehmungen zu, die die reale Rente versprechen. Das tun zurzeit bestimmte Industrieunternehmungen. Der Geldbedarf der Industrie war im letzten Jahr und auch jetzt noch gewaltiger. Dazu kommt der andauernde Geldmangel von Reich, Staat und Kommune. Die Folge war eine Steigerung der Bruttosäke, die um die Mitte des Jahres einen zeitweiligen Rückgang erfuhrn durch die Herabsetzung des Reichshandelskontos, jedoch in aller næchster Zeit wieder in die Höhe geraten dürfte, nachdem sich der Geldmarkt wieder verfestigt hat. Die Bank von England hat ihren Kursanstieg bereits um ein Prozent erhöht. Dem Baugewerbe wurde durch diese Umstände der Kredit zum Teil entzogen, zum andern Teil erheblich verteuert, und zwar über das allgemein übliche Maß hinaus.

Zu einer direkten Katastrophe im Baugewerbe ist Schwierigkeit in der Beschaffung zweit- und drittligiger Hypotheken gegeben. Diese sind, wenn überhaupt einzutreten tend, nur zu sehr hohen Kosten zu beschaffen. Daß es zu solchen Kosten kommt, das ist unumstößlich. Schon seit Jahren bilden sich interessierte Kreise und öffentliche Behörden darum, wie diesem Nadelstand abgeholfen werden kann. Die Lösung ist bis heute nicht gefunden. Da in den meisten Fällen der Bauherr seinen Bauhau in bezahlten kann, ist er zur Aufnahme von Hypotheken verpflichtet. Das ist erst recht zur Notwendigkeit gekommen durch die Entwicklung des Baugewerbes zu einem Spekulationsgewerbe. Bleiben die Hypotheken klug oder sind sie nur zu solchen Bedingungen aufzuhören, daß damit der Hausbau unrentabel wird,

muß das die Bautätigkeit gewaltig einschränken. Dem natürlichen Bedürfnis zum Bauen kann nicht entsprochen werden, die Folge sind anormale Zustände, Wohnungsnott u. dgl., die die Spekulation zu weiteren ungesunden Maßnahmen treiben.

Die Spekulation trägt überhaupt einen erheblichen Anteil an den heutigen Zuständen. Ein typisches Beispiel dafür bietet zurzeit Berlin. Nur mit Mühe und Not wird hier versucht, einen unübersehbaren Krach, den man nicht Baufrau, sondern als Grundstücksrau bezeichnen muß, zu verhüten. Da in Groß-Berlin circa 80 000 Wohnungen leer stehen, ist das Bedürfnis zum Bauen natürlich nicht groß und bei weitem nicht so, um den Ansprüchen der Spekulation zu genügen. Diese aber hat das Gelände in stundenweitem Umfang um Groß-Berlin erfaßt. Die Grundstücksirma Möller und Werck sanierte bereits im Frühjahr mit drei Millionen Mark Verlust, Wossowa und Kenauer folgte nach, dann kam die Firma Kurt Berndt mit drei Millionen Mark Verlust, augenblicklich befindet sich die Firma Phillips in Konkurs, ihre Verluste sind noch nicht bekannt. Ob nicht noch weitere folgen, steht nicht sicher fest. Die Banken bemühen sich, die Krise zu überwinden, ob's ihnen möglich sein wird, wer weiß es. Die Spekulation hat sich eben stark übergangen und drohen ihr schwere Verluste. Da Berlin nun aber nicht mit jeder anderen Stadt zu vergleichen ist, üben diese Zustände eine nachteilige Wirkung auf das ganze Reich aus, abgesehen davon, daß die Spekulation auch anderwärts ihr ungesundes Treiben offenbart.

Natürlich sind solche Zustände Bruttostätten des Baugewerbes. Dieser gräßert in Groß-Berlin läppiger denn je. So kamen in Steglitz bei Berlin von 102 Neubauten 72 zur Zwangsversteigerung. Unter den "Bauherren" dieser Bauten befanden sich 24 Fleischergesellen, 7 Friseure, 3 Weinhändler und 11 ehemalige Budiker. Um den Bauschwindel bewerkstelligen zu können, sind solche vollständig mittellose Erringen willkommen. Das selbst angehobene Bankinstitute und Hypothekenbanken sich solcher Personen bedienen, läßt rasch blicken. Die Bayhandwerker aber sind die Beiläufigen. Diese Erscheinung beweist, daß der erste Teil des Gesetzes der Sicherung der Bauforderungen seinen Zweck vollständig verfehlt hat, ja, es ist eigentlich noch schlimmer geworden. Mit der Vorrichtung über die Verwendung des Baugeldes und der Führung eines Baubuches ist dem Bauschwindel nicht beizukommen. Mit der Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zögert man, da davon eine starke Beeinträchtigung der Bautätigkeit erwartet wird. Dieser Teil des Gesetzes schreibt bestimmt vor, daß die Bauselze nur mit drei Viertel ihres Wertes belastet sein darf. Ist sie höher belastet, muß der die drei Viertel des Wertes übersteigende Teil in Wertpapieren hinterlegt werden, sonst darf mit dem Bauen nicht begonnen werden. Die Handwerker, Arbeiter und Dienstboten haben das Recht auf Eintragung einer Hypothek für ihre Forderungen auf das Grundstück. Es mag richtig sein, daß durch diese Bestimmungen das Bauen unmöglich wird, auch daß manches gewagte Spekulationsobjekt unterbleiben muß. Wie anders aber soll man zu einer Sicherung der Bautätigkeit kommen? Wie nun verlautet, tragt nun die Regierung mit dem Gedanken, diesen zweiten Teil des Gesetzes der Sicherung der Bauforderungen für eine Reihe Gemeinden, wo die Zustände besonders stark sind, auf die Dauer von 10 Jahren einzuführen. In den Kreisen der Bauspekulanten, Bauern und Hypothekeninstituten ist natürlich eine starke

Gegenströmung gegen die Einführung dieses Teils des Gesetzes vorhanden.

Im Laufe des Frühjahrs bildete sich ein „Verband zum Schutze des deutschen Grundbesitzes und Realredits“. Derselbe hat sich angeblich die Aufgabe gestellt, den Grundbesitz vor weiteren Belastungen zu schützen bzw. Entlastungen herbeizuführen und auf eine Besserung der Kreditverhältnisse hinzuarbeiten. Die führenden Kreise in dem Verbande sind die großen Grundstückspekulationsgesellschaften, denen es auch gelungen ist, die Haus- und Grundbesitzervereine an sich heranzuziehen. Präsident des Verbandes ist der bisherige Präsident des Reichsstatistischen Amtes Dr. v. Anderegg. Gewiß ist es zutreffend, daß der Grundbesitz erhebliche Lasten zu tragen hat. Diese Lasten jedoch haben die ungünstige Situation auf dem Grundstücks- und Baumarkt nicht herbeigeführt, sondern die ungesunde Spekulation hat das getan. Hier sollte der Hobel angesetzt werden. Aber der vorliegenden angegebenen Ziele des neuen Verbandes scheint nicht sein einziger zu sein, vielmehr liegt die Vermutung nahe, daß er sich, nach dem Erfolg der Bodenreform mit der Wertzuwachssteuer, ganz besonders gegen bodenreformative Bestrebungen richten soll, auch gegen die gemeinnützigen Baugenossenschaften, insbesondere gegen deren Bevorzugung durch billigeren Kredit durch öffentliche Anstalten. Auch wird er sich für die größtmögliche kapitalistische Ausbeutung des Grundes und Bodens verwenden, so daß man ihm den Namen „Verband für den Rückstoss“ geben kann. Dieser Verband trachtete nun im Bund mit dem Schutzverein der Berliner Bauinteressenten, mit den Handwerkern bzw. mit der Berliner Handwerkskammer, eine Kontrollstelle für Bauten zu errichten, um dem Bauschwindel entgegenzuwirken. Die Handwerker aber haben nachträglich abgelehnt, unseres Erachtens mit Recht, da man den Teufel mit Beelzebub nicht austreiben kann. Den gerissenen Grundstückspekulanten gegenüber würden die Handwerker doch nicht aufkommen, zumal erstere die Majorität in der einzuschiedenden Kommission beanspruchen. Es heißt nur abwarten, ob sich die Regierung zur Einführung des zweiten Teiles der Sicherung der Bauforderungen entschließt.

Alle diese Umstände üben auf die Gesamtlage des Baugewerbes einen ungünstigen und lärmenden Einfluß aus. Ob sich in absehbarer Zeit ein Umschwung einstellt, ist kaum anzunehmen. Um so mehr wird der Drang sich nach einer durchgreifenden Besserung bemerkbar machen. Das Baugewerbe ist für unser Wirtschaftsleben von so großer Bedeutung, daß alles getan werden muss, um eine Wendung zum Besseren herbeizuführen.

Die Privatbeamten und Techniker.

In den Tagen vom 18. bis 21. August fand in M. Gladbach ein vierjähriger sozialer Kursus für Techniker und technische Privatbeamte statt. Dieser Kursus, der erste seiner Art, war von den bedeutendsten Technikerorganisationen, dem Deutschen Technikerverbande (30 000 Mitgli.), dem Bunde technisch-industrieller Beamten (20 700 Mitgli.) und dem Deutschen Werkmeisterverbande (50 000 Mitgli.) mit einer Reihe von offiziellen Vertretern bespielt. Infolge der Teilnahme dieser führenden Kräfte gestaltet sich ein Teil der Vorträge mit den anknüpfenden Aussprachen — man möchte fast sagen Verhandlungen — recht interessant und lehrreich. Die Vertreter der einzelnen Gruppen nahmen Gelegenheit, die Stellung ihrer Organisation zu organisatorischen und gesetzlichen

schaftlichen Grundfragen und zu schwelbenden Problemen wirtschaftlicher und sozialer Natur, die zum Teil sowohl den Arbeiter wie den technischen und kaufmännischen Angestellten berührten, klarzulegen und zu begründen. Uns Arbeitern darf das Verhalten dieser erstarkenden Organisationen durchaus nicht gleichgültig sein. Wir haben alle Veranlassung, die Stimmungen und Strömungen in diesen Berufsgesellschaften, mit denen uns doch immerhin die allgemeine Arbeitnehmersolidarität verbunden, dauernd im Auge zu behalten.

Man rechnet die Privatangestellten zum sog. neuen Mittelstande. Als untercheidendes Merkmal gegenüber dem alten Mittelstande tritt die wirtschaftliche Unselbstständigkeit auf. Man kann die heutigen Privatbeamten in zwei Hauptgruppen, die Handlungshelfer und die technischen Angestellten, unterscheiden. Der Hauptgrund für die Entstehung der Privatangestellten als soziale Massenerscheinung, speziell auch der Techniker, liegt in der Entstehung der kapitalistischen Großbetriebe, in der Konzentration des Kapitals, der starken Vermehrung der Arbeiterschaft und einer ins einzelne gehenden Arbeitsaufteilung. Die technischen Beamten zerfallen wieder in Aufzugsbeamte, wie Betriebsleiter und Werkmeister, und in Bautechniker und Industrietechniker. Man hat ferner zu unterscheiden zwischen Technikern in Privatstellen und solchen im Staats- und Gemeindedienst. Letztere zerfallen wieder in solche, die auf Privatdienstvertrag und solche, die definitiv als Staats- oder Gemeindebeamte angestellt sind.

Die Zahl der Privatangestellten hat sich in den letzten Jahren außerordentlich stark vermehrt. Man zählte 1907 in Industrie, Bergbau und Baugewerbe an Verwaltungs- und Kontorpersonal 686 000; im Handel und Verkehr betrug die Zahl der Angestellten 833 000. Die Gesamtzahl der Privatangestellten wird heute rund zwei Millionen betragen, d. h. 6 Prozent der gesamten Bevölkerung beziehen aus Angestellten-einkommen ihren Lebensunterhalt. Eine Eigentümlichkeit der Angestellten ist die lokale Konzentration; die natürliche Folge ihres Beschäftigungsortes ist, daß in den Großstädten und Industriezentren die Techniker relativ stark vertreten sind. Gegen früher hat sich auch das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten verschoben. Im Generalskriptum 1882 waren 414 Arbeitskräfte auf 10 Angestellte, im Jahre 1907 waren nur noch 125 Arbeitskräfte auf 10 Angestellte. Eine Reihe von technischen Betrieben ist denn auch überfüllt. Die Folgen sind: höhere Anforderungen ohne Gehaltssteigerung, Lohnabdruck, ein technisches Proletariat.

In wirtschaftlicher Hinsicht nehmen die Techniker eine Zwischenstellung zwischen Unternehmer und Arbeiter ein. Mit der Arbeiterschaft haben sie das Merkmal der wirtschaftlichen Unselbstständigkeit gemein. Daraus bewegt sich die Sozialpolitik der Angestellten in derselben Richtung wie die der Arbeiterschaft. Andererseits rechnen sich die technischen Angestellten nach Herkunft, gesellschaftlicher Stellung und Lebenshaltung durchweg zum Mittelstande. Im Grunde ist der Angestellte dem Unternehmer gegenüber

über dem Vertrauensmann, dem Vertreter, aber doch dem Gehörnden, dem Arbeiter gegenüber dem Geschäftsführenden, dem technisch Führenden, ist aber doch, gleich ihm, vom Unternehmer wirtschaftlich abhängig. Man kann wohl sagen, der Techniker ist durch technisch-wirtschaftliche Interessen mit dem Unternehmer, durch sozial-wirtschaftliche Interessen mit dem Arbeiter verbunden. Infolge dieser eigenartigen Stellung muß er oft nach beiden Seiten den Preßbock abgeben; es gehören strenge Gerechtigkeit und Taffgefühl dazu, um ein exträgliches Verhältnis aufrechtzuhalten und Reibungen zu vermeiden.

Die wirtschaftliche Lage eines großen Teiles der Techniker ist durchaus nicht besonders günstig. Seit dem Jahre 1903, wo amtliche Erhebungen einzogen, wird ein Sinken der Gehälter konstatiert. Das Einkommen ist somit nicht nur relativ nicht gestiegen, sondern sogar absolut gesunken. Bei fortschreitendem Alter läßt sich ein rasches Sinken der Gehälter feststellen. Die Techniker sind ferner zum großen Teil der Gefahr der Stellenlosigkeit ausgesetzt. Mancherlei Klagen werden geführt über Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsarbeit, Kündigungsverhältnisse, Konkurrenzallianz und Erfinderrecht. Diese wenig günstige Lage hat zur Folge, daß der Organisationsgedanke immer mehr durchdringt und die betreffenden Berufsverbände ein rasches Steigen der Mitgliedszahlen aufzuweisen haben.

Bezüglich der Organisationsform hat sich in den führenden Organisationen im Laufe der letzten Jahre ein Umschwung in den Anschauungen vollzogen. Während früher alle Techniker, einerlei, ob Betriebsinhaber, Betriebsleiter oder Angestellter, aufgenommen wurden, sind gegenwärtig sowohl der Technikerverband, der ziemlich die Gesamtzahl der organisierten Bauarbeiter in seinen Reihen zählt, wie auch der Werkmeisterverband dabei, die Rechte der Selbständigen zu beschneiden; man nimmt zudem solche nicht mehr als neue Mitglieder auf, und es wird wohl nicht lange mehr dauern, bis man den letzten Selbständigen hinausgegrault hat. Man strebt also keine Angestelltenverbände, gewerkschaftliche Organisationen an. Der Bund der technisch-industriellen Beamten, in dem die Mehrzahl der organisierten Industrietechniker zusammengefloßen ist, wurde im Jahre 1902 als reine Gewerkschaft, die nur Angestellte aufnahm, gegründet. Es ist ohne weiteres klar, daß eine Organisation, die sich nur aus Angestellten zusammensetzt, weit mehr für ihre Mitglieder erreichen kann als eine solche, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihren Reihen zählt und sich in Konfliktsfällen unter Umständen genötigt seien, ihre Mitglieder gegeneinander auszuspielen.

Sämtliche Organisationen behaupten, auf dem Boden strengster politischer und konzessioneller Parität aufgebaut zu sein. Bei ihren gelegentlichen Reibereien kommt es jedoch vor, daß sie einander Verziehung der Parität und Radikalismus vorwerfen. Jedenfalls werden sie gut tun, gleich den christlichen Gewerkschaften, auch in Zukunft Neutralität zu wählen. Dadurch bleibt es ihnen unbenommen, ihre Mit-

glieder zu eifriger Mitarbeit in den politischen Parteien anzurecken und auf diese Weise ihre Einflussphäre nach Möglichkeit zu erweitern.

Als durchaus notwendig bezeichnete man im weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung, in immer mehr Angestellte hineinbezogen werden, können Arbeiter und Angestellte ein gutes Gesetz zusammengehen. Als nächstes größeres Ziel in der Gesetzgebung strebt man die Schaffung eines allgemeinen Angestelltenrechtes an.

Besonderes Interesse hat für uns Arbeiter die Stellung der Technikerverbände zum Streik. Hier zeigt sich, daß die Technikerverbände ganz entschieden das Streirecht als legitimes Mittel für sich in Anspruch nehmen. Im Werkmeisterverbande sind zurzeit die Meinungen geteilt, im Chirurgenskreis zu früher, wo man den Streik ganz lehnte. Eine andere Frage ist es, ob diese Verbände häufiger zu größeren wirtschaftlichen Kämpfen Arbeitseinstellung gezwungen sein werden. Daß es auch hier Konfliktstoff genug vorhanden ist, sei wir an dem Kampfe zwischen den Schiffangestellten und den Koedern 1906, zwischen dem Verbandsbaumerischer Metallindustrieller und den Kaufmännischen und technischen Angestellten 1908, den Differenzen in der Kaiserlichen Marine 1911, den Auseinandersetzungen der Gutehoffnungshütte mit den Technikerorganisationen und dem Streik der Berliner Eisenkonstrukteure 1912.

Bei Streiks und Aussperrungen der Arbeiter fordern die Organisationen der technischen Angestellten von ihren Mitgliedern Wahrung vollkommener Neutralität; sie sollen weder für noch gegen eine Partei eine Stellung nehmen und sich auch nicht zum Vermittler anbieten. Streiarbeit, also solche Arbeit, die der Techniker bei normalen Verhältnissen nicht leistet, darf nicht ausgeführt werden. Wer jemand wegen Ablehnung solcher Arbeiten vom Unternehmer gemahrgelt, so findet er bei seiner Organisation Schutz und Entschädigung. Für solche Fälle jedoch, wo es sich nicht um produktive Arbeit handelt, ist es schwierig, eine generelle Entscheidung zu treffen. Wenn so der Arbeiterschaft gegenüber Neutralität gewahrt wird, so kann andererseits vom Werkmeister oder Techniker nicht verlangt werden, daß während der Kampfszenen Funktionen einschläft, die er sonst ausübte, z. B. Annahme von Arbeitskräften.

In neuerer Zeit wendet man in den Organisationen der Techniker auch der Gehaltsfrage größere Aufmerksamkeit zu. Man fängt an, Mindestlöhne und Tarifverträge anzustreben; doch ist man über die Aufstellung von Leitjahren und die Fixierung von Mindest- und Anfangsgehältern, unter dem Betrag keine Stelle vermittelt werden soll, bislang nicht hinausgekommen. Was die Verbände in dieser Richtung hin erreichen werden, läßt sich heute noch nicht sagen. Dem Abschluß von Kollektivverträgen, die man auch wünscht, ist der Umstand hinderlich, daß die Tätigkeit der Techniker außerordentlich diffi-

Bilder aus der Geschichte der Bauarbeiter.

Die Arbeitsschicht.

Die Arbeitsschicht war für die Einnehmer und Maurer gleichermaßen die nämliche wie für die übrigen städtischen Arbeiter alle. Das Baumeisterbuch berichtet daher hierüber nicht speziell in dem Kapitel, das den Maurern und Maurer gelegen ist, weil es sonst bei den folgenden, von den Zimmergesellen, von den Tagelöhnern, von den Bildhauermeistern, von den Dekorationsmeistern, eben das nämliche wiederholen würde, sondern sieht die für alle städtischen Handarbeiter gälligen herkömmlichen Verhältnisse über die Arbeitsschicht geschildert, in dem Kapitel: „Was dem zu tun ist wenn der Arbeit“. Zudem gibt hierzu jeder Tagelohner Auskünfte, wenn die Maurer nicht einer Fraktion an der Arbeit kommen müssen und von der Arbeit weggehen können. Die Auskünfte über die Arbeitsschicht würden unserer Zeiten nach sie in der Wirklichkeit wiederholen wiederkehren müssen, wenn sie im Stadtbau wiederholt würden, wie höchstwahrscheinlich bestimmt. Man müßte nämlich nach der „großen Uhr“ und zähle die Stunden vom Abgang bis zum Heilgang der Sonne, sofern sich also die Uhr je nach der Stütze des Tages verschiebe. Bei Aufgang der Sonne und bei Untergang wäre im Stadtbau der Tagesschluß und Tagesschluß gekommen. Eine Einheit und Sonnenrichtung läßt die Uhr aus, und ebenso läßt sie eine Stunde nach Sonnenrichtung wieder aus. Die längste Tagesschicht 16 Stunden, die kürzeste 8 Stunden. Es ist nach die folgende Auflistung eher verständlich:

Wenn der Tag 8 oder 9 Stunden hat, soll man bei Abgang an der Arbeit sein, wenn es der Sonnenuntergang (also bei Sonnenuntergang) und zu dem ersten Schichtende, wenn es 5 jährt (also 5 Stunden nach Sonnenuntergang), und man soll dann wieder zu der Arbeit kommen, wenn die Mittagspause diente also eine Stunde) und nach 8 Stunden ist die Arbeitsschicht beendet, wenn es 13 Uhr ist (also 13 Stunden nach Sonnenuntergang).

Diese kann die Tagesschicht werden, soll es auch sonst möglich, sofern sie nicht bald eine Stunde

fürspare und in den längsten Tagen auch eine Besperrpausen eingeschoben wurde. So war z. B. an den längsten Tagen, wo der Tag 14, 15 oder 16 Stunden hatte, die Sache folgendermaßen geregelt:

Wenn der Tag 14 Stunden dauert, so soll man des Morgens an die Arbeit gehen, wenn es eins auf den Tag schlägt (also eine Stunde vor Sonnenaufgang) und zu der Morgenpause von der Arbeit weggehen, wenn es 3 schlägt (also nach zweistündiger Arbeit), und wieder zu der Arbeit, wenn es 4 schlägt und zu dem Mittagsmahlheim, wenn es 7 schlägt, und wieder zu der Arbeit, wenn es 8 schlägt, und zu der Besperrzeit wieder davon gehen, wenn es 10 schlägt, und wieder zu der Arbeit gehen, wenn es 11 schlägt, und des Nachts wieder von der Arbeit weggehen, wenn es eins gen Nacht schlägt (das ist also die letzte Stunde des Tages).

Es ist hier also eine einstündige Frühstückspause vorgetragen, eine einstündige Mittagspause und eine einstündige Besperrpausen.

Bei einer Tagesschicht von 15 und 16 Stunden war die Ausschaltung die gleiche, bloß sollte man zur Besperrzeit weggehen, statt wenn es 10 schlägt, wenn 11 Tage zu Stunden verbraucht waren, und eine Stunde darauf wieder zur Arbeit gehen.

Entsprechend war dann die Lage geregelt, wenn dann der Tag wieder im Übereignen begonnen war. Die Arbeitsschicht bewegte sich also innerhalb der Grenzen von 7 Stunden (im Dezember) bis 13 Stunden (im Juni), wobei aber die drei Wochentage abgesondert sind. In der Zeit vom 19. April bis 10. August begann das Tagwerk der Maurerarbeiter eine Stunde vor Sonnenaufgang. Im 16. Jahrhundert betrug die Arbeitsschicht für die Maurer im Höchstfalle 12 Stunden und an den längsten Tagen 7 Stunden. Da sie nämlich in der Sommerzeit um eine Stunde später begann und die Stunde für das Mittagsmahl mitgezählt hatte, so kann jetzt die Arbeiter eine Stunde später und gingen des Abends eine Stunde früher zu Bett.

Eine Ausschaltung von den übermittelten Arbeitsschichten machte bloß alle 14 Tage der Wodtag, wo die Maurer eine Stunde vor der festgesetzten Zeit die Arbeitsschicht verließen. Gern wurde vor dem hohen Festtag 2 Stunden früher Feierabend gemacht:

zu Oster, Pfingst, Mariä Himmelfahrt an der Sonnenwende, am 25. Mai, Mariä Himmelfahrt und 13. Februar,

wenn es 2 Uhr gen Nacht schlägt (also 2 Stunden vor Sonnenuntergang) sollen die Arbeiter Feierabend („feiert“) haben und von der Arbeit abgeholt allenfalls wo sie arbeiten, es seien Zimmerleute, Maurer, Tischler, Pfasterer, Tagelöhner oder welche sonst an den städtischen Arbeit arbeiten.

Die Bauarbeiter der Stadt Nürnberg durften in dieser Festzeit zufrieden sein; denn bei anderen Handwerken war 10stündige Arbeitszeit eingeführt und langsame Arbeit gebräuchlich. Bei den meisten Gewerben aber begann die Arbeitszeit früh um 5 Uhr, im Winter um 6 Uhr, und ging um 7 Uhr abends zu Ende. In den wenigen Städten in Norddeutschland (Lübeck, Hamburg, Bremen, Rostock usw.) lief die Arbeitszeit im Mittelalter von 3 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Daß bei derartig langen Arbeitzeiten das Streben nach einem freien Tag, dem guten oder blauen Montag, erklärbar und berechtigt war, läßt sich nicht bestreiten. Dieser freie Tag erklären sich die Gesellenvereinigungen in allen Städten in Deutschland. Dagegen war eine durchgreifende Verkürzung der täglichen Arbeitszeit erst den modernen Arbeitervereinigungen zu verdanken; immer noch aber spielt neben der Lohnaufbesserung und der Erhaltung der Arbeiterrichtlinien die Arbeitszeit in den Gewerkschaftsbewegungen der Zeitzeit eine Hauptrolle. So viele geplagte Lohntiere wie im Mittelalter sind dank der großzügigen Arbeitervereinigung heutzutage die Arbeiter wohl nicht mehr!

Wann den Bauarbeiter der Lohn ausbezahlt wurde?

Höchst anschauliche Einblicke gewährt uns das mittelalterliche Baumeisterbuch in die Verhältnisse der Lohnauszahlung in einem besonderen, ausführlichen Kapitel. Von dem Lohn der Arbeiter und wenn man trennt kommt.

Es wurde da unter den verschiedenen Stadtbaumeistern ein verschiedener Modus gehandhabt; das Baumeisterbuch verfügt darüber:

Vor Zeiten, die teilweise Endes Volkheimer Stadtbaumeister gewesen ist, hat man die Arbeiter alleweg sofort auf den Abend am Sonnabend mit die Belegschaft oder alsbald danach. Es ist der Stadtbaumeister mit dem Stadtbauarbeiter-Maurer und dem Bauaufseher zu der Arbeit allenfalls gegangen. Das ist darum gegeben, daß die Arbeiter bei der Arbeit bleiben und nicht

genziert ist, und die Gehaltsfrage demgemäß meist unabhängig geregelt wird; ist es doch häufig der Fall, daß der Betriebsleiter als gewiefter Diplom-Ingenieur und die einfachen Zeichner in den Büros des Betriebes derselben Organisation angehören.

Zuletzt sei noch erwähnt, daß der Werkmeisterverband ganz entschieden von den gelben Verbänden abrückt und jede Gemeinschaft oder Freundschaft mit ihnen ablehnt. Auchhaltlos wurde von den anwesenden Werkmeistern erläutert, daß diese Vereinigungen von den Unternehmern unter Mithilfe der Werkmeister gegründet seien und von den Unternehmern durch Zuwendung reicher Mittel lebensfähig erhalten würden; von einer Interessenvertretung dem Unternehmer gegenüber könne keine Rede sein, eine solche sei auch gar nicht beabsichtigt. Bei einem eventuellen Konflikt zwischen Unternehmern und Werkmeistern würden die Gelben die ersten sein, die den Werkmeistern in den Rücken fallen. Uns Gewerkschaftlern sind das zwar längst bekannte Tatsachen, wir empfinden es aber doch als Genugtuung, daß jetzt auch die Werkmeister auf demselben Standpunkt stehen und es bereuen, zur Entwicklung dieser Käppitzenpflanzchen, die auf den Mistbeeten der Großindustrie ihr kümmerliches Dasein fristen, jemals beigetragen zu haben.

Alles in allem hat dieser Kursus über seine Bedeutung als Unterrichtskursus hinaus manches zur Klärung der Verhältnisse zwischen den einzelnen Organisationen und zur Stellung des Technikerstandes in der heutigen Gesellschaft beigebracht. Wenn bei den Technikern und Privatbeamten mittelständische Tendenzen zutage treten, wenn sie sich als neuer Mittelstand fühlen, so können wir Arbeiter diese Bestrebungen verstehen. Wenn sie ausgewogenen praktischer Natur ein Zusammensehen mit der Arbeiterschaft als unzweckmäßig ablehnen, so sei daran erinnert, daß wir aus den gleichen Gründen ein Zusammensehen noch nicht angestrebt haben. Und wenn sie künftig mehr Gewicht noch als bisher auf die volkswirtschaftliche und soziale Schulung ihrer Kreise legen wollen, wenn sie sich bemühen wollen, zur Abahnung eines besseren Verhältnisses zur Arbeiterschaft und eines gegenseitigen Verständnisses das ihrige beizutragen, so sollen sie bei uns alles entgegenkommen finden. Wir werden es uns stets angelegen sein lassen, das Prinzip der Neutralität und der gegenseitigen Achtung aufrechtzuhalten.

Allgemeines.

Der achte Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der bekanntlich für den 6. Oktober und die folgenden Tage nach Dresden einberufen ist, wird sich mit wichtigen Fragen des gewerkschaftlichen und öffentlich-sozialen Lebens beschäftigen. Die Tagessordnung ist nunmehr endgültig festgesetzt und als Hauptredner zu den einzelnen Verhandlungsgegenständen folgende Berren vorgesehen worden: 1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes: Generalsekretär Stegerwald,

der abgehen, bis ihre rechte Zeit ist. Auch hat man in derselben Zeit Beutelein gehabt, in welche man den Arbeitern ihren Lohn gezahlt hat, einem jeden soviel, wie ihm denn als Lohn gebührt hat. Zu dieser Zeit hat man 12 bis 14 gehender Winden (in Tätigkeit befindlicher Steinbahn) fests gehabt, womit man gearbeitet hat und es sind die Arbeiter alle sehr nahe bei gewesen auf dem Graden. Darnach zu des Baumeisters Haus Grosers Seiten und seither hat man alleweg gelohnt am Sonnabend früh vor Mittag und vor der Suppenzeit und hat das darum getan, daß die Arbeiter und die armen Leute Vormittag, wenn sie zur Suppe gehen, ihren Frauen und Kindern abzubauen das Geld heimbringen mögen und diese dann dafür Fleisch, Brot und anderes besser kaufen und zu kaufen finden früh als am Abend.

Man er sieht, daß das Stadtbauamt doch sehr für eine Arbeiterschaft mit Fürsorge und Wohlwollen dachte und handelte. Die Einkäufe auf dem Markt ließen sich am Vormittag weit besser erledigen als abends, wo es Beste schon wegverkauft war; und die Marktkäufe halten ja damals eine weit größere Rolle wie heutzutage in der Zeit der großen Kaufhäuser und Warenhäuser. Freilich war mit dem in so humamer Weise eingeführten Auszahlungssystem die Gefahr verdeckt, daß nach der Auszahlung die Arbeit beeinträchtigt werde. Doch wurden dagegen die nötigen Vorkehrungen schon getroffen:

Auch sollen die Stadtmüller (der Maurer, Zimmermeister usw.) und ihre Polizei („polizeier“ = Sprecher, Aufseher) ihre Gesellen und Taglöbner wohl in Acht haben, daß keiner eher die Arbeit verlässe, als es die rechte Zeit ist. Welcher Gesell soll überzeugt und zum Erfaubnis vorzeitig von der Arbeit wegziehe, wenn die andern eugen („eugen“ = angelgen). Am dritten Vormittag soll ihm dann der Stadtbaurätsler so viele Stunden, wie er vorzeitig abgegangen wäre, abnehmen und weniger Lohn geben, und zwar einem Steinbauer und Zimmergesellen 2 Pfennig und einem Taglöbner 1 Pfennig pro Stunde, die er vorzeitig vor Arbeitszeit abgegangen ist. Auch zahlt man ihnen den Taglohn in Wisselstein, einem jeden soviel, wie ihm Lohn gebührt.

Köln. 2. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften: a) zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart: Generalsekretär Stegerwald, Köln; b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik: Redakteur Voß, M.-Gladbach. 3. Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-patriotischen Arbeiterbewegung: Verbandssekretär Wuttke, Eversfeld. 4. Stellung und Aufgaben des Bezirks- und Ortskantons in den christlichen Gewerkschaften: Gesamtverbandssekretär Wallrath, Köln. 5. Das Arbeitsrecht: Referendar Möhr, M.-Gladbach, und Reichstagabgeordneter Becker, Aachen. 6. Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsnachweis: Gesamtverbandssekretär Bergmann, Köln. 7. Das Schieds- und Einigungsrecht: Staatsminister Eggers, Fr. v. Berlepsch und Verbandsvorsitzender Kutsché, Köln. Der Kongress hat sich außer den hier angeführten Fragen noch mit den zahlreich eingelaufenen Anträgen zu befassen. Er wird am Sonntag, den 6. Oktober, mit einer Begrüßungsversammlung im großen Saale des Zoologischen Gartens eingeteilt, wo dann vom Montag (1. Oktober) an auch die weiteren Beratungen stattfinden werden.

* * *

Zur Frage der Baukontrolle empfahl der Ausschuss der im Deutschen Technikerverband organisierten Bautechniker dem Gesamtverband folgende Leitätze:

1. Der Deutsche Technikerverband hält die heutige Kontrolle der Bauten hinsichtlich ihrer technischen wie sozialen Bedeutung nicht für ausreichend. 2. Der Verband betrachtet es deshalb als seine Aufgabe, für die Verbesserung der Baukontrolle einzutreten und fordert: a) die Verstärkung des technischen Personals der kommunalen Baupolizei, so daß eine scharfe und umfassende Kontrolle der Bauausführung und die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen gewährleistet ist; b) die Vermehrung der technischen Aussichtsbeamten bei den Berufsgewerkschaften und c) die Heranziehung von mittleren Bau- und Maschinenmechanikern zu den Arbeiten der Gewerbeinspektion, damit die notwendige Überwachung der Baubetriebe durchgeführt werden kann."

* * *

Die bestehenden Gesetze genügen. Nachdem in den letzten Wochen das Geschrei aus dem Scharfmacherslager nach mehr Arbeitswilligenzuhörer immer ärger wurde, mahlen sich erschrecklicherweise in neuester Zeit die Stimmen aus Unternehmerkreisen, die aussprechen, daß die heutigen Gesetze zum Schutz der Arbeitswilligen vollkommen ausreichen. So nahmen, wie wir schon in letzter Nummer berichteten, die Solinger Industriellen und Handwerker in diesem Sinne Stellung. Für heute seien zwei weitere Stimmen aus dem Unternehmerlager, die sich ähnlich aussprechen, angeführt. Die „Rheinisch-Westfäl. Ztg.“, das Organ der rheinisch-westfälischen Industriellen, läßt sich „aus bester Quelle“ melden:

„Leider die Notwendigkeit, die Arbeitswilligen gegen den sozialdemokratischen Terrorismus mehr als bisher zu schützen und den Bedrängten die Macht des Staates wirkungsvoller zur Seite zu stellen, herrscht wohl kein Zweifel, und es dürfte kaum eine verantwortliche Stelle im Reiche geben, die nicht von diesem Grundgedanken belebt ist. Es fragt sich nur, ob zur Errichtung dieses Ziels neue Gesetze geschaffen werden müssen, oder ob die jetzigen Handhaben ausreichen. Diese sehr schwierige Frage läßt sich dahin beantworten, daß die zurzeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in der Tat genügend erscheinen, und nur darum teilweise wirkungslos bleiben, weil es, wie bekannt, an einer strengen Durchführung mangelt. Das liegt aber nicht an den staatlichen Behörden, sondern an manchen anderen Gründen, zu denen das falsche Verhalten vieler Arbeitgeber in erster Linie zu rechnen ist. Es gibt zahlreiche unter ihnen, die sich in vielen Fällen scheuen, als Kläger aufzutreten und damit gleichzeitig den seitens der Sozialdemokratie geübten Terrorismus der gerechten Strafe entgegenzutun. Wird so weiter verfahren, dann rißt uns auch ein neues Arbeitswilligengebot nichts. Von vielen Seiten ist der Ruf erhoben: Erfolgreicher Schutz den Arbeitswilligen durch staatliche Bestimmungen! Aber von seiner Seite ist ein brauchbarer Vorschlag gemacht worden, wie das zu geschehen habe. Die in Betracht kommenden staatlichen Faktoren stehen also bei Ausweisung der Frage „Neues Arbeitswilligen-Schutzgebot und Verbot des Streikpostens“ vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe, die Vorteile und Nachteile gleichzeitig in sich trägt. Sie herrschende Ansicht geht dahin, mit allen Kräften dahin zu streben, die jetzt bestehenden Gesetze erfolgreich zur Wirkung zu bringen und zunächst auf diesem Wege die unabdingbare Besserung zu schaffen.“

Der große Ausschuß des Verbandes sachlicher Industrieller hat in einer in Dresden abgehaltenen Sitzung einstimmig folgende Entschließung zur Frage des Schutzes der Arbeitswilligen angenommen: „Der Verband hält grundsätzlich ein Eingreifen des Gesetzgebers erst dann für notwendig, wenn die Selbsthilfe verfällt. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß die Selbsthilfe im Streikfall oft durchweg verfallen mußte, weil die Behörden nur schwer oder überhaupt nicht zu bestimmen sind, auf Grund der bestehenden Gesetze dem Arbeitgeber deren Schutz angebieten zu lassen. Der Verband fordert daher zunächst, daß die verantwortlichen Organe der Verwaltung durch entsprechende Anwendung der bestehenden Gesetze die Achtung vor der öffentlichen Ordnung und das Vertrauen zu den Machtmitteln des Staates wiederherstellen. Die Polizei darf keinen Zweck verfolgen,

lassen, daß sie dem Gesetz zur Achtung verhelfen wird. Weiterhin muß bei Streikzessen eine schnelle Aburteilung erfolgen, wenn eine Ermittlung der Täter bewirkt werden und eine erzieherische Wirkung der Aufrichtung eintreten soll. Insbesondere fordert der Verband die tatkräftige Anwendung der bestehenden Gesetzevorschriften gegenüber den Ausschreitungen des Streikpostens, welche als Störung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe des Verkehrs auch gegenwärtig zu verhindern sein würden, wenn die Polizei nicht so häufig versagt. Der Verband fordert weiterhin eine Neuregelung des gesamten Gebiets der Vorschriften der Gewerbeordnung in bezug auf das Koalitionsrecht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer nach der Richtung, daß die Ausnahmestellung der gewerblichen Berufsvereine beseitigt wird.“

Bemerkenswert ist, daß in dem Geschrei nach einem Arbeitswilligenzuhörer die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ i. d. R. wohl die lauteste Kritik war.

* * *

Arbeiter und Staatsform. Die Sozialdemokratie vertritt die monarchische Staatsform. „Wir erstreben auf politischem Gebiete die Republik“, erklärte Bebel in der Reichstagsitzung vom 31. März 1881. Dieses Bekenntnis wird täglich von den sozialdemokratischen Wortführern und Redactoren wiederholt. Und wie die politische Sozialdemokratie ist, so steht auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ins republikanische Horn. „Die zum Denken erwachte Arbeiterklasse ist schon aus dem Grunde republikanisch gesinnt, weil die Sozialisierung der Gesellschaft nur in einem republikanischen Staatswesen durchführbar ist.“ So schrieb der „Zimmerer“ (Nr. 27, 1912).

Nun ist's aber eine leicht nachweisbare Tatsache, daß in den Ländern mit republikanischer Volksregierung schlechter für die Arbeiter gesorgt ist, wie anderswo. Bebel fragte auf dem Amsterdamer internationalen Sozialistenkongreß, daß kein Land eine so völkerfeindliche Steuergezegung habe wie die Republik Frankreich. Nehmen wir weiter Australien. Hier herrscht die sogenannte demokratische Volksregierung; Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei sitzen am Ruder des Staatschiffes. Und wie sieht's hier nun für die Arbeiter aus? Das „Korrespondenzblatt“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 24, 1912) bringt eine Übersicht über die australischen Gewerkschaften, ihre Entwicklung und praktische Tätigkeit, und schlägt zum Schluß seiner Darlegungen folgenden Schluß aus:

„Streiks und Aussperrungen, die sich auf das Gebiet mehrerer Staaten (Australien hat Nachbarlichkeit mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas) erstrecken, sind durch das Gesetz des australischen Bundes best. Die Beteiligung an Arbeitsstreitigkeiten, das seit 1904 besteht, verboten; die Strafe für Zuwiderhandlung beträgt 1000 Pfund Sterling (oder etwa 20.000 R.). Einzelstaatliche Streikverbote stehen in Kraft in Neu-Südwales, Westaustralien, Südaustralien, Tasmanien und Neuseeland. In Neu-Südwales wurden auch schon wiederholt Streiter und „Unruhestifter“ von Streiks in die Gefangenstrafe geworfen; die längste Dauer der Gefangenstrafe, 12 Monate, wurde gegen die „Anrufer“ verhängt. Die europäischen Arbeiter werden wohl kein Verlangen nach solchen Zuständen haben?“

Ganz gewiß nicht; aber ebenso wenig verlangen, wie die deutschen Arbeiter nach dem australischen Zentralstaat haben, ebenso wenig Sehnsucht haben die denkenden deutschen Arbeiter nach einer sozialdemokratischen Staatsform in Deutschland selbst. Denn noch überall, wo „Gegossen“ ans Ruder gekommen sind, hat ihre Verwaltungskunst schmäler Hielstro gemacht, ist das arbeitende Volk aus dem Regen in die Traufe gekommen.

* * *

Auf falschen Wegen? fragt „Die Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ob eines Artikels in der gelben „Werkeinspektoratszeitung“, der sich mit der Berliner und der westdeutschen Richtung innerhalb der gelben Bewegung beschäftigt und der der letzteren klarzumachen versucht, sie befände sich auf falschem Wege, weil sich die ihr angehörenden Vereine allzuunter die Abhängigkeit von den Arbeitgebern begeben hätten. Es heißt da:

„Der Unterschied zwischen der Berliner Richtung des Werkeinspektorats und der westdeutschen Richtung, die vor allem in Essen ihren Sitz hat, besteht in der Hauptzusage in folgendem: Einiges über in Westdeutschland die Arbeitgeber in der wohlgemeinten Absicht, die Werkeinspektoratsbewegung, die für Arbeiter wie für Arbeitgeber in gleicher Weise segensreich zu wirken verspricht, recht kräftig zu fördern, einen gewissen Einfluß auf die dortigen Werkeinspektorats aus, der vielfach geeignet ist, die Arbeiter misstrauisch und ängstlich zu machen. Stattdessen die Organisierung und Leitung der Werkeinspektorats ganz und gar der Arbeiterschaft selbst zu überlassen, glauben die westdeutschen Arbeitgeber vielfach, die Sache besser und schmäler fördern zu können, wenn sie selbst einen Teil der Organisationsarbeit übernehmen. Es beruht das teilweise auf Unbereitschaft, teils auf gewissen patriarchalischen Anschauungen, die auf das Unabhängigkeitsgefühl und Selbstbewußtsein der heutigen Arbeiterschaft nicht genügend Rücksicht nehmen.“

Diese allzu starke Anteilnahme der westdeutschen Arbeitgeber an der Förderung des Werkeinspektorats wird aber von den Godern als Verarmung ausgeschlagen. Es wird das in der Öffentlichkeit als Beweis hingestellt, wie abhängig die Werkeinspektorats von den Arbeitgebern seien, wodurch Misstrauen in der Arbeiterschaft hervorgerufen wird und in der Öffentlichkeit das Misstrauen der Werkeinspektoratsbewegung geschädigt wird.“

Dieser Selbständigkeitseinfall der gelben „Werkeinspektoratszeitung“ ist nichts weniger als ernst zu

nehmen. Dazu hat sie nichts weiter veranlaßt als die bloße Furcht, es könnte bei der allzu vorschnellen Mitwirkung der Arbeitgeber in den westdeutschen gelben Vereinen den beteiligten Arbeitern doch allmählich ein Lichtlein aufgehen, wie sehr sie in den gelben Vereinen von den Unternehmern und nur zu deren Zwecken missbraucht werden. In Wirklichkeit besteht zwischen der Berliner und der westdeutschen Richtung der gelben Bewegung nur der Unterschied, daß die erste ihre Abhängigkeit von den Unternehmern etwas geschickt zu verborgen verstanden hat als die letztere. Der Eindruck ist bei beiden der gleiche: mit der Gnade oder Ungnade der Unternehmer stehen oder fallen sie. Immerhin hat der gelbe Ruf nach mehr Unabhängigkeit, so wenig ernst er auch gemeint war, doch bei der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ ihou lächerliches Entsehen hervorgerufen. Ihr erster Gedanke mag wohl die schmerzliche Frage gewesen sein: „Ist man sich denn nicht einmal der Gelben mehr sicher?“ Mit viel Eifer geht sie dann daran, die „Werkeinskorrespondenz“ eines andern zu belehren. Sie sucht die starke Abhängigkeit der westdeutschen gelben Vereine von den Unternehmern einzigt aus dem Entstehungs- und Verdegang, den die gelbe Bewegung in Westdeutschland nahm, zu erklären. Von dem, was sie da aufklärt, ist manches immerhin von einem Interesse, insjourn weniger, als bestätigt wird, was wir schon immer sagten, nämlich daß die gelbe Bewegung von den Unternehmern das Leben gerettet wurde. Die „Arbeitgeberzeitung“ sieht da u. a.:

„Dazu kam, daß es in Westdeutschland nicht nur auf den Kampf gegen die Gewerkschaftsbewegung an sich, sondern gleichzeitig auch darauf abgesehen war, die Arbeiterschaft wieder mit nationalem Geiste zu erfüllen: der westdeutsche Werkzeugindustriebewegung eignete also von vornherein eine ausgeprägte politische Bedeutung. So erwuchs den Betriebsleitungen denn auch die Aufgabe, sich mit in die Front zu stellen und das Organisationswerk in eigene Regie zu übernehmen.“

Das ist doch wenigstens ehrlich. Wenn aber die Unternehmer bei der Gründung der gelben Bewegung von dieser gehofft haben, sie könne „die Arbeiterschaft wieder mit nationalem Geiste erfüllen“, so kann man heute, wo Tatsachen vorliegen, für eine solche Annahme nur mehr ein mittelloses Lächeln haben. Welche Bewegung war es denn, deren Mitglieder bei den letzten Hessenischen Landtagswahlen massenhaft sozialdemokratisch wählten? Und welche Bewegung war es, der nach der letzten Reichstagswahl (aus Ausloß des Wahlkampfes in Potsdam) von seinem Geringeren als den deutlichen Reichstagswahl-Daten und Anerkennung gezeigt wurden für nationales Verhalten? Für Beantwortung dieser Fragen müssen wir den „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ sehr danken.

Arbeitgeber für den Koalitionsgang. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat an den Bundesrat und den Reichstag eine Einlage gerichtet, worin verlautet wird, daß während der von den Arbeitgeberverbänden festgestellten Ablösungshilfe zum Austritt aus einem Verband, das kündigende Mitglied gehalten sein soll, die Vereinsbeiträge zu bezahlen und sich den Vereinsbeiträgen zu fügen. In der Begründung wird u. a. erläutert:

„Es überzeugt jedem Rechtsgefühl, daß die Mitglieder eines Beratungsvereins, die die Sitzungen bei ihrem Eintritt freiwillig anstreben haben, nicht gezwungen werden können, den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Diese Verpflichtungen bestehen in der Haftpflicht in der Zahlung des Mitgliedsbeitrages, in der Beisitzung der Sitzungsgesamtbewilligung angemommenen Beschlüsse der Vereinssorgane, in der Beachtung der in den Sitzungen vorgegebenen Fündigungsfrist beim Auszit. Da jedes Mitglied vor seinem Eintritt in den Verein genau aus den Sitzungen erfahren kann, wozu es sich verpflichtet, und dem Verein zuverlässigen kann, falls ihm einzelne Sitzungsbestimmungen nicht gefallen, kann vor einer Beurteilung des Mitglieds nicht die Rede sein, wenn der Verein ein Haftberesrecht auf Erfüllung der Sitzungen erhält und ausübt. Soß oder liegt eine Beurteilung des Vereins vor, wenn er nicht damit rechnen kann, daß die Mitglieder ihren Verpflichtungen nachkommen müssen. Alle Verbände haben erhebliche Haftpflichten, sind daher auf den genügenden Ertrag der Beiträge ebenso angewiesen, wie andere Selbstverwaltungsbörper. Durch die Mitglieder jederzeit aussetzen, ohne wegen ihrer Haftpflichten Strafen befürchtet werden zu können, so wird eine ordentliche Finanzpolitik jetzt erreicht.“

Das sind ganz vernünftige Gedanken. Nur ist es tragisch, daß der Arbeitgeberbund ein gleiches Recht auch den Arbeitern zugestehen will. Das ganze Organisationswesen würde damit auf eine andere, schwächer Grundlage gestellt sein. Wir haben diesen Standpunkt, zu begreifen, daß der Arbeitgeberbund das Stadtkonsortium im allgemeinen zu verhindern trachtet, es ihm vielleicht darauf ankommt, die Mitglieder an die Beratungsversammlungen, wie etwa einer Versammlung, zu lassen und sie zu fordern, sich mit den Vereinen gesondert zu beschäftigen. Die Erfahrungen von 1910 in dieser Richtung, und einige ergangene Maßnahmen zur Verhinderung, welche später unten erörtert werden, zeigen die Sympathienrichtung zu der Einlage gekrönt zu sein.

Ein zielstreites Ende. Demnächst findet der zweite seiner Antrittspunkt statt. In einem daraus resultierenden Artikel spricht das „Berliner Tageblatt“ (Nr. 466) gegen „Verhinderungen im Berufsweg bei der letzten Tagung im September 1917.“

„Sie sind schrecklich.“ „Sie sind schrecklich.“ „Sie sind schrecklich, der die schreckliche ...“

Das „Geschäft“ war also gut. Bekanntlich meinte die Tagespresse gelegentlich des Bandertages von 1907, daß als Festspiel „Die Räuber“ gegeben worden sei. Natürlich hatte das keine symptomatische Bedeutung.

* * *

Die französische Regierung gegen die Lehrergewerkschaften. Bekanntlich ist die französische Lehrergewerkschaft in ihrer großen Mehrheit radikal-sozialistisch geworden. Sie hatte sich den Gewerkschaften ähnliche Organisationen geschaffen, die sie zur Ausbreitung ihrer Ideen und Verwirklichung ihrer weitgehenden Forderungen benutzte. In letzter Zeit hatten sich die Lehrergewerkschaften dem revolutionären Arbeitsbund angeschlossen. Das wurde der republikanischen Regierung allmählich ein Dorn im Auge, und sie hat die Auflösung der Lehrergewerkschaften beschlossen. Diese haben sich dem Dekret der Regierung nur zum Teil gefügt. Ein anderer Teil hat die Auflösung hinausgeschoben mit der Begründung, die beschließende Generalversammlung könne erst im Oktober stattfinden, drei Syndikate, Paris, Marseille und vom Departement Savoien, haben die Auflösung abgelehnt. Die Regierung droht nun mit Gewaltmitteln gegen die Widerstreben vorzugehen. Das ist die vielgefürchtete „freie“ Republik. Der Geist, der in der französischen Lehrergewerkschaft herrscht, wird jedoch auch damit nicht gebannt. Zudem hat die Regierung diesen Geist selbst großgezogen. „Die Geister, die ich rief, die wird ich nun nicht los.“

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Mülheim-Ruhr (Sperrung über die Firma Kürth und Hoffmann wegen Nichtinhalts des Tarifs). Köln (für Blattsteller die Zwischenmeister Gesellen). Südinghausen (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Herne i. Westf. (geplante für Zimmerer ist die Firma Senger). Gelsenkirchen (Flickerleger) Herne über die Firma Hünefeld & Co. Oberglogau, Kreis Neustadt O.-S. Sperrung über den Bauunternehmer Briz wegen Nichterfüllung des bestehenden Tarifs). Berlin (Dachdecker). Seit 26. Juli allgemeine Dachdeckerabsperrung. Bitburg, Eifel (Sperrung über die Firmen Garzon jr. und sen. wegen Pfarrregelung). Ibbenbüren (Sperrung über den Bauunternehmer Buhmann wegen Nichtinhalts des Tarifvertrages). Wanne (Sperrung über die Firma Leonh. Moll aus Münzen über den Schleusenbau am Rhein-Herne-Kanal). Hamm (Westf.) (Sperrung über das Erdgeschäft Heinrich Kübler wegen Nichterfüllung des Tarifs). Zugang ist fernzuhalten.

Bericht Cöln.

Brühl. (Aufgehobene Bausperrung.) Die Firma Döring u. Lehmann aus Helmstedt, die hier auf den Braunkohlengruben viele Arbeiten ausführt, zahlt vielfach sehr niedrige Löhne. Auf Grube Ruckes, die im hiesigen Berggebiet liegt, weigerte sich genannte Firma andauernd, die Tariflöhne zu zahlen. Sie entloste die Kollegen dort bis 7-9 Pi. unter Tarif. Eine jüngstige Arbeitsaufstellung hat hierin Handel getrieben. Nunmehr hat sich der Vertreter der Firma auf niedriger Grube, der Sohler Söller, durch Unterschreiben des Tarifs zur Zahlung des Tariflohnes verpflichtet. Die Kollegen haben so einen vollen Erfolg errungen. Mögen sie nun auch weiterhin zum Verbände und in der Zukunft darauf sehen, daß die Tarifbestimmungen inniger gehalten werden.

Stuttgarter.

Hamm. Unser Tarifvertrag läuft am 15. September ab. Die geplanten Verhandlungen mit den Arbeitgebern sind erfolglos verlaufen. Die Arbeitgeber wollen den jetzigen Tarifvertrag bis zum 31. März 1913 verlängern, um bei der allgemeinen Tarifbewegung dabei zu sein. Unsere Kollegen lehnen das ab, weshalb ein Kampf wohl unvermeidlich sein wird. Unsere Position kann nur dadurch behauptet werden, daß jeglicher Zugang auferbleibt. Es kann daher alle Kollegen des Stadtwirtes dringend mahnt, daß Hammer Lohngebiet zu meiden. Im Interesse unserer Bewegung muß die Übernahme von Arbeitserarbeit ebenfalls strikt unterbleiben. Die Tarifsolidarität erfordert es, daß auch die Maurer keine Bauarbeiten übernehmen, welche als Stuttgarterarbeiten zu betrachten sind.

Verbandsnachrichten.

Wiesbaden. Die Wiesbadener Gewerkschaften haben am 15. September 1917 eine allgemeine Delegiertenkonferenz ab, welche von mehreren hundert Delegierten besucht war. Außerdem hatten der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sowie die Verbände der evangelischen und katholischen Arbeitervereine Vertreter entsandt. Ferner nahm Dozent Dr. Brauns (W.-Gladbach), Reichstagsabgeordneter Thysiant (Bonn) sowie eine Anzahl weiterer Gäste an den Verhandlungen teil. Über den derzeitigen Stand der Bewegung berichtete Kartellsektor Hamm (Tiefeld). Die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung des Bezirks Niederrhein zählt über 35 000 Mitglieder. Die Zahl der christlichen Gewerkschafter ist im letzten Jahre von 9918 auf 11 073 gestiegen, welche sich auf 139 Ortsgruppen verteilen. Die katholischen Arbeitervereine zählen in 52 Vereinen 9300 Mitglieder, den evangelischen Arbeitervereinen gehören 1931 Mitglieder in 20 Vereinen an. Die katholischen Gesellenvereine zählen 21 Vereine mit 2117 aktiven Mitgliedern und 3399 Ehrenmitgliedern. Katholische Jugendvereine bestehen 62 mit 7525 Mitgliedern. Die evangelischen Jugendvereine zählen 20 Vereine mit 986 Mitgliedern. Sehr schwach sind die im Bezirk zahlreich beschäftigten Arbeiterinnen organisiert. In den christlichen Gewerkschaften sind nur 1227 vertritt, und den Arbeiterinnenvereinen gehören nur 1600 Mitglieder an. Im Abschluß an diesen Vortrag sprach Redakteur Doos (W.-Gladbach) über das Thema: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung, ihre Bedeutung und ihre besondere Schwierigkeiten im Bezirk.“ Im

Zeit der Gewerkschaften tatsächlich angegriffen. Während Genosse Elling unseren Kollegen Kaufhold wütigte, erging ein Genosse Kintext ein Kantholz und schlug von hinten unsern Kollegen gegen den Kopf. Als nun unser Kollege Kneuthen seinem bedrangten Kollegen zu Hilfe eilen wollte, wurde auch er an die Wand gedrückt. Nur daß zwischenzeitlich des Poliers schüttete unsere Kollegen weiteren Misshandlungen. Nachdem die Genossen nun aber mit der Arbeitsinstellung drohten, glaubte Zimmermeister besser zu tun, wenn er die Freiheit brüder allein lasse. Unsere Kollegen mußten also Stätte der Brüderlichkeit verlassen. Die Angelegenheit ist zur Anzeige gebracht.

Freiburg i. Br. Schon lange Zeit hat man in der Verwaltungsstelle Freiburg i. Br. nichts mehr lesen, so daß man auf den Gedanken kommen könnte, unsere Kollegen hätten alles Interesse am Verband verloren. Daß dem aber nicht so ist, hat unsere außerordentliche Mitgliederversammlung am 9. September wiesen, in welcher unser erster Centralvorsitzender, Kollege Wiedeberg-Berlin, referierte. Er sprach in dieser trudelnden Wetters sehr gut besuchten Versammlung über „Die Kämpfe der Gegenwart und unsere Aufgaben“. Einleitend gab der Referent seiner Freude Ausdruck, daß die Kollegen trotz des ständigen Regens, trotzdem durchaus von der Arbeitsstelle kamen, zur Versammlung einzichten, um hier über die wichtigsten Tagesfragen Ausschluß zu erhalten. Zu seinem Referat übergehend, lobte der Redner noch einmal die Kämpfe der christlichen Gewerkschaft, die in den letzten Jahren durchgesetzt werden mussten, an unserem geistigen Auge vorüberzischen. Von keiner Seite sind die Kämpfe erspart geblieben. Von weiten Kreisen der Unternehmer, speziell der Großindustrie, werden wir noch schlimmer belästigt als die sozialistischen Gewerkschaften. Man weiß in jenen Kreisen, daß man mit unserer christlichen Arbeiterschaft, die sich auf den Boden des Gegenwartstaates stellt, rechnen muß. Der Einfluß der christlichen Arbeiterschaft bewegung auf die Preise und auf die öffentliche Meinung ist heute bedeutend größer als der der sozialistischen. Erwähnt wurde auch der Kampf, den die katholischen Fachabteilungen schon seit Jahren gegen uns führen. Auch diese Angriiffe sind glänzend abgeschlagen worden. Trotz aller Kämpfe sind wir vorwärts gekommen. Heute kann ein größerer Kampf nicht mehr ohne uns und erst recht nicht gegen uns durchgesetzt werden. Wer die letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat, konnte sehen, wie bei vernünftiger Tarifpolitik die christlichen Gewerkschaften mit den Sozialdemokraten gemeinschaftlich gearbeitet haben, um Vorteile für die Arbeiter zu erzielen. So soll es trotz aller Kämpfe auch in Zukunft bleiben. Solange man vernünftige, gejunge Tarifpolitik betreibt, solange können und wollen wir zusammen arbeiten; sobald man ab diesen gefundenen Boden verläßt, dann trennen sich unsere Wege. Der Redner erinnerte nun an den Ablaufterm des Tarifvertrages für das Baugewerbe. Der Arbeitgeberbund steht heute geschlossener da als im Jahre 1911. Wenn wir da wieder mit günstigem Erfolg den Tarifabschluß fälgern wollen, dann müssen auch wir unserer Organisation möglichst lückenlos ausgebaut haben, um da sollen auch unsere Freiburger Arbeiterskollegen nicht ratlos und ruhen, sondern Stein um Stein zusammenzutragen zum lückenlosen, massiven Organisationsgebäude. In der Diskussion erwähnte Kollege Heitrich unter anderem, daß wir Freiburger Kollegen die wichtige Aufgabe hätten, auch den letzten christlich gesinnten Bauarbeiter für unsere Organisation zu holen. Die christlich gesinnten Bauarbeiter sollen sich unter unserer Fahne zusammen und nicht unter dem Banner der revolutionären Sozialdemokratie. In diesem Sinne legte denn auch der Versammlungsleiter im Namen der Mitglieder das Gelübde ab, unermüdlich zu arbeiten, aufzulässt und zu werben, um auch in Freiburg den Platz zu erringen, den wir eigentlich schon längst einnehmen müßten. Erstenslicherweise steigt unsere Mitgliederzahl stetig und mehrmals auch gerade in letzter Zeit die Liebhaber zu unserem Verband. Mögen deshalb unsere Kollegen ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun, möge jeder seinen Posten in der Organisation, sei es als Vertrauensmann oder als einfaches Mitglied, richtig ausfüllen. Dann wird uns auch unsere Bewegung auch im Moselländle Baden und Siegeland in Freiburg immer weiter wachsen und zu Segen der Arbeiter wirken können.

Goch. Die christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Junglingvereine des Bezirks Niederrhein hielten am 8. Sept. hier eine allgemeine Delegiertenkonferenz ab, welche von mehreren hundert Delegierten besucht war. Außerdem hatten der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sowie die Verbände der evangelischen und katholischen Arbeitervereine Vertreter entsandt. Ferner nahm Dozent Dr. Brauns (W.-Gladbach), Reichstagsabgeordneter Thysiant (Bonn) sowie eine Anzahl weiterer Gäste an den Verhandlungen teil. Über den derzeitigen Stand der Bewegung berichtete Kartellsektor Hamm (Tiefeld). Die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung des Bezirks Niederrhein zählt über 35 000 Mitglieder. Die Zahl der christlichen Gewerkschafter ist im letzten Jahre von 9918 auf 11 073 gestiegen, welche sich auf 139 Ortsgruppen verteilen. Die katholischen Arbeitervereine zählen in 52 Vereinen 9300 Mitglieder, den evangelischen Arbeitervereinen gehören 1931 Mitglieder in 20 Vereinen an. Die katholischen Gesellenvereine zählen 21 Vereine mit 2117 aktiven Mitgliedern und 3399 Ehrenmitgliedern. Katholische Jugendvereine bestehen 62 mit 7525 Mitgliedern. Die evangelischen Jugendvereine zählen 20 Vereine mit 986 Mitgliedern. Sehr schwach sind die im Bezirk zahlreich beschäftigten Arbeiterinnen organisiert. In den christlichen Gewerkschaften sind nur 1227 vertritt, und den Arbeiterinnenvereinen gehören nur 1600 Mitglieder an. Im Abschluß an diesen Vortrag sprach Redakteur Doos (W.-Gladbach) über das Thema: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung, ihre Bedeutung und ihre besondere Schwierigkeiten im Bezirk.“ Im

Düsseldorf. (Sozialdemokratische Regelkreis.) Wir christlichen Zimmerer sind allein in der richtigen Organisation und verlangen, daß auch die Christen zu uns zu kommen haben.“ Dieses wünschen wieder zwei unserer Kollegen erneut, welche bei dem Zimmermeister Gathof in Arbeit getreten waren. Zumal hatten die Kollegen das Arbeitsverhältnis am 9. September begonnen, und schon prüfte man ihnen den sozialdemokratischen Zimmermeisterstand zu. Als sich unsere Kollegen dies verbeten, kamen die Gewerkschaften verächtlich. Des Morgens am nächsten betreten die Gewerkschaften wie früher Götzen die Bankette. Die Kollegen dieses darüberliche und langwöchige Schotter aufzulegen wünschten, werden

schluss an daß Referat fand folgende Entschließung Annahme: „Die heutige von über 300 Delegierten besuchte Konferenz ist von der Erkenntnis durchdrungen, daß die christlich-nationalen Arbeiterbewegung in den niederrheinischen Bezirken dringend der Ausdehnung und Stärkung bedarf. Wenn auch ansehnliche und hoffnungsvolle Ansätze vorhanden sind, so kann sich die Konferenz doch nicht des Eintrags verschließen, doch sowohl den konfessionellen Vereinigungen, wie insbesondere den christlichen Gewerkschaften noch weitere Gebiete erschlossen werden können und müssen. Der Niederrhein gehört noch zu den wenigen Gebietsteilen Deutschlands, in denen es die sozialistische Bewegung bis heute nicht vermocht hat, eine größere Macht zu erlangen. Sie ist sich dieser Tatsache wohl bewußt, und darum verdoppeln und verzehnfachen politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie ihre agitatorischen Anstrengungen. Es erscheint angesichts der kolossalen Machtmittel, der struppellosen Agitationsweise und der Bedrängungsmethoden dieser Bewegung nicht ausgeschlossen, daß sie nicht doch in der Zukunft weitere Fortschritte sich erzwingen könnte, es sei denn, sie würde ihre Grenze in einer das ganze Gebiet umfassenden widerstandsfähigen christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Diese gilt es zu schaffen. Die Konferenz hält es für ihre Pflicht, alle christlich-nationalen denkenden Arbeiter, sowie die breitere Öffentlichkeit auf die Dringlichkeit dieser Aufgaben hinzuweisen. Es darf keinen Ort, der industrielle Lohnarbeiter aufweist, mehr geben, in dem nicht ein konfessioneller Verein sich der sittlich-religiösen, der allgemein geistigen und der staatsbürgерlichen Erziehung der Arbeiterschaft widmet. Es darf keinen Industriort mehr geben, in dem sich nicht die christlichen Gewerkschaften der Wahrnehmung der berufswirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Berufsschichten annehmen. Die Zeit ist vorbei, wo man über die Existenzberechtigung und den Wert einer christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Zweifel sein konnte. Es ist weiteren Freien zum Bewußtsein gekommen, daß angesichts der gefürchteten Wirkungen der sozialdemokratischen Massenbewegung die Hoffnung auf eine gesunde Weiterentwicklung unseres volkswirtschaftlichen und nationalen Lebens nur auf eine starke Bewegung der christlich und national denkenden Arbeiterschaft begründet werden kann. Nur dank ihrer, dem Gesamtinteresse nicht widerstreitenden Wahrnehmungen der Arbeiterschaften in Verbindung mit erzieherischer Tätigkeit im Sinne eines gesiegerten Pflicht- und Verantwortungsgefühls für Volk und Vaterland kann auf die Dauer einer katastrophalen Entwicklung vorbeugeht werden. Mit diesem Gedanken müssen alle törichten Versuche zurückschlagen werden, die darauf hinausgehen, daß Vordringen unserer Bewegung zu benennen. Mit zäher Ausdauer gilt es die Gleichgültigkeit zu bekämpfen und die Agitationsarbeit planmäßig und intensiv zu gestalten.“

Offenburg (Bezirk Karlsruhe). Am Sonntag, den 1. September, fand in Offenburg im Hotel Union die Bezirkskonferenz statt. Anwesend waren 25 Delegierte. Einige Verwaltungsstellen hatten sich entschuldigt. Vom Centralvorstand war der Kollege Wiedeberg anwesend. Der Bezirk Frankfurt war vertreten durch den Kollegen Schleicher, der Bezirk Mühlhausen (El.) durch den Kollegen Heurich, der Bezirk Württemberg durch den Kollegen Preus. Arbeitssekretär Siegelmeier aus Offenburg nahm als Gast an den Verhandlungen teil. Die Tagesordnung war folgende: 1. Bericht über den Stand des Bezirkes und der einzelnen Verwaltungsstellen, 2. Unsere nächsten Aufgaben, 3. Erledigung der Anträge, 4. Wahl des Bezirksvorstandes. Der Beizirksvorsitzende, Kollege Wiedeberg, eröffnete um 10½ Uhr die Konferenz und machte den Zweck derselben bekannt. Als dann wurde ein Bureau gewählt. Die Kollegen Preus und Heurich wurden als Vorsitzende und der Kollege Glaser aus Ulm als Schriftführer gewählt. Den Bezirkbericht gab Kollege Heurich. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 1867. Die Stellung der Unternehmer unserer Organisation gegenüber könnte eine bessere sein. Bielsach suchte man uns von den Verhandlungen auszuschalten. Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Verbänden sei teilweise ein recht gepanutes. Über die Einhaltung der Tarifverträge könne nicht geklagt werden. Kollege Preus erläuterte den Bericht in bezug auf die Bauarbeiterverträge. Der Bauarbeitervertrag sei besonders in Württemberg sehr zurück. Leben und Gesundheit müßten hier in erster Linie geschützt sein. Die Verwaltungsbüroabrechnungen müßten pünktlicher gemacht werden, man könne auch sonst pünktlich gearbeitet werden. Die Verwaltungsstellen sollen dann auch dafür sorgen, daß sie in den Schlichtungskommissionen vertreten sind. Hierzu erstatteten die Delegierten aus den Verwaltungsstellen Berichte. Mit einigen Ausnahmen konnte ein Fortschritt sowohl nach außen als auch nach innen festgestellt werden. Die Diskussion war sehr anregend und hat sicher manchen neuen Anregungen gegeben und den Entschluß lassen: „Wir müssen auch in Zukunft mit derselben Ausdauer und Energie für unsere Sache eintreten.“ Nach der Mittagspause hielt dann der Kollege Wiedeberg einen Vortrag über „Unsere nächsten Aufgaben.“ Das Echo des Vortrages war: Wir sind gewachsen, trotz der Schwierigkeiten, die sich uns entgegengestellt haben. Wir wurden aber auch in Zukunft nicht von den Schwierigkeiten verlost bleiben. Daher müsse unser Verband nach innen und nach außen ausgebaut werden. Vor allem sei Aufmerksamkeit notwendig, damit die Mitglieder nicht bei Schwierigkeiten den Mut verlieren. Der Vortrag handelte von Karlsruhe und Straßburg gestellten Anträgen, das Sekretariat von Mühlhausen nach Karlsruhe bzw. Straßburg zu versetzen, wurden dem Centralvorstand überwiesen. Zum Schlüsse wurden die Wahlen den Bezirksvorständen vorgenommen. Für den Bezirk Württemberg wurden die Kollegen Blasius Kräutle aus Stuttgart und Friedl. Glaser aus Ulm gewählt. Für Baden und Elsaß ein Kollege aus Straßburg, einer aus Mühlhausen, einer aus Freiburg. Um 6½ Uhr wurde die heutige verlaufene Konferenz geschlossen.

Oßliga. Am 9. September hielt die Zahnstelle Oßliga eine öffentliche Versammlung ab, welche gut besucht war.

Als Referenten waren zugegen Kollege Hillenbrand-Siegen und unser neuer Beamter, Kollege Weinholz-Eberfeld. Mit treiflichen Worten führte uns zunächst Kollege Hillenbrand die Vorteile des vor zwei Jahren abgeschlossenen Tarifvertrags vor Augen und bewies, daß dieser Tarif für unser gesamtes Wirtschaftsleben von großem Nutzen gewesen ist. Es müssen Wege gefunden werden, um jene schweren Kämpfe um die Tarifverträge in Zukunft zu vermeiden. Ob es im Baugewerbe im nächsten Jahre zum Kampf kommt, stehe noch dahin. Die geradezu frappierenden Rüstungen der Arbeitgeber schienen auf einen solchen abzuzielen. Kollege Hillenbrand gab uns noch die Mahnung, jeder mit ganzer Kraft mitzuholen an der Erfüllung unserer Aufgaben für die Zukunft. Gegenwärtiges Vertrauen sei notwendig, um eine Bewegung mit Erfolg zu führen. Hierauf kam Kollege Weinholz auf die Idee des Tarifvertrags und den Wert desselben zu sprechen. Auch betonte er, daß mehr Gorgfalt auf die neu aufgenommenen und zugereisten Mitglieder verwendet werden müsse. Auch müßten wir uns geistig weiter bilden, denn nur ein Volk, welches geistig, sittlich und wirtschaftlich auf der Höhe ist, kann sich auch nach außen hin zeigen. Die Mitglieder wurden dann noch darauf hingewiesen, sich zahlreich an der Wahl des Delegierten zum Verbandsstage zu beteiligen. Hier hätten ja die Mitglieder Gelegenheit, ihr Mitbestimmungsrecht auszuüben. Erwähnt wurde noch, daß an großen Tagen und Nächten gearbeitet würde, nur um sie bis April fertig zu haben. Mit einem Hoch auf den Centralverband christlicher Bauarbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Tostedt. Trotzdem der Organisationsgebäude erst im vorigen Herbst hier Fuß gesetzt hat, herrscht schon ein reges Leben innerhalb unserer Verwaltungsstelle. Es ist bereits gelungen, alle hiesigen Bauarbeiter in unserem Verbande zu vereinigen. Dieses hat nun den Neid der Harburger Genossen erregt, und versuchten selbige, unsere Kollegen in das rote Lager hinüberzuziehen. Zuerst bombardierte man unseren Vorsitzenden durch Briefe mit beispiellosem Vorstoß für Rücktritt. Als dieses aber keine Früchte zeitigte, besuchte man selbigen persönlich und bat ihn, er möge sie doch einmal zu unserer Versammlung zulassen zwecks einer Unterredung mit unseren Kollegen. Diese Bitte wurde dann auch bereitwillig gewährt. In unserer am 1. September stattgefundenen Mitgliederversammlung hielten wir dann auch die Ehre, drei lebhafte „Genossen“ in unserer Mitte beherbergen zu dürfen. Zwei waren sogar Übergenossen, und zwar der Beamte Grüning vom Zimmerererverband aus Hamburg und der Beamte Müller vom Metallarbeiterverband aus Harburg. Zuerst ergriß Genosse Grüning das Wort und führte ungefähr folgendes aus: Wie (die sozialdemokratischen Gewerkschaften) erstrecken einen Einheitsverband. Der deutsche Bauarbeiterverband ist zu diesem Zwecke gegründet. Wir haben eine andere Weltanschauung als der christliche Verband. Die christliche Weltanschauung ist nicht mehr modern. Unser Verband zahlt ebensoviel Unterstützung wie der christliche. Der christliche Verband nimmt uns unsere Mitglieder auch weg. Alle unlauteren Mittel wendet er dabei an. Ja, sogar Kapitale reden bei den Christlichen. — Nachdem der gute Mann in ungefähr 20 Minuten seine Kenntnisse über die christlichen Gewerkschaften erschöpft hatte, nahm Kollege Diedrich aus Hamburg das Wort. Er wies die Unrichtigkeiten der Behauptungen des Vortreibers nach und erfuhr, daß doch einmal etwas eingehender uns die Weltanschauung der sozialdemokratischen Gewerkschaften klarzulegen. Da aber selbiger hierzu anscheinend nicht instande war (weil er sich in allen Sprachen der Welt ausschweig), sprang nun Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse Müller für ihn in die Brüche. Gerettet hatten wir, wenn wir annahmen, jetzt befamen wir etwas von dem fundamentalen Ausbau der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu hören. Finanzreform, christliche Arbeitgeber haben die Lebensmittel mitverteilt. Die Sozialdemokraten haben eine Eingabe an die Regierung gemacht wegen der Fleischsteuerung, katholische Gewerkschaften, Zentrumsgewerkschaften, Bergarbeiterstreit, christliche Arbeitgeber haben im Reichstag nichts für die Arbeiter geleistet (von den 110 Sozialdemokraten braucht man jeder drei Stunden zu reden, und dann läßt alles mitschwimmen —), die heutige Produktionsweise sei nicht mehr die richtige, der Zukunftstaat kommt, wann er kommt und wie er aussieht, wissen wir noch nicht, usw. usw. Durch diese alten Wörter hoffte der liebenswürdige Genosse

riten des Wirtschaftsgerichtes sein Bruder in Uerdingen bestellt, welcher die Interessen und Rechte seines Bruders wahrzunehmen hatte. Nach Rücksprache mit dem beauftragenden Richter, welcher das Leben als die Folge eines Unfalls für möglich hielt, und nach Auffindung eines Belegs, der bei dem fraglichen Unfall zugegen war, erklärte der Pfleger am 13. Juli 1909 Anzeige mit dem Antrag auf Schädigung von Unfallrente. Die Rheinisch-Westfälische Baugewerkschaftsgegenstift lehnte den Antrag ab. Das katholische Arbeiterrat in Greifswald legte im Auftrage des Pflegers Berufung beim Schiedsgericht in Düsseldorf ein. In der Schiedsgerichtsverhandlung am 21. Dezember 1909 erklärte der gräfliche Gutachter Dr. Pfeiffer: „Ein Zusammenhang des jüngigen Geschehens mit dem angeklagten Unfall vom Jahre 1904 erachtet mir unmöglich.“ Das Schiedsgericht verwarf die Berufung. In der Urteilsbegründung heißt es dann noch, daß die Ansprüche des Verletzten gemäß § 72 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes verjährt seien. Die Unfallfolgen hätten sich spätestens im Jahre 1908 beendet gemacht, während die Entschädigungsansprüche erst im Juli 1909 gestellt gemacht worden sind. Gegen diese Entscheidung erhob das Secretariat am 17. Januar 1910 Beruf beim Reichsversicherungsamt. Nach Vernehmung der Zeugen und Einholung mehrerer ärztlicher Gutachten kam die Sache am 14. Juni 1912 zur endgültigen Entscheidung. Das Reichsversicherungsamt hat die vorläufige Entscheidung für Recht erkannt. Unter Ausführung des Urteils des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Düsseldorf wird die Beflagte verurteilt, dem Pfleger für die Zeit vom 1. März 1908 bis zum 30. September 1908 eine Rente von 40 Prozent, und vom 1. Oktober 1908 ab die Rente zu gewähren, sowie ihm an außergerichtlichen Kosten den Betrag von 5,- abzuladen.

Zu der Urteilsbegründung heißt es u. a.: „Das Reichsversicherungsamt hat sich der Entscheidung der Vorinstanz nicht anzuschließen vermocht und insbesondere mit der Überzeugung erlangt, daß der vom Pfleger gegen die Beflagte erhobene Entschädigungsanspruch gemäß § 72 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes verjährt ist. Sie führt aus dem im Rechtsverfahren eingeholten Gutachten des Dr. Pfeiffer ergibt, in das Leiden des Pflegers gäbe im März 1908, zu der Zeit, als die Kampfsäule häufiger eingesetzten begannen, mit dem Unfall vom Oktober 1904 in wechselseitigem Zusammenhang gebracht werden. Zu dieser Zeit war der Pfleger aber wegen seines Sehens höchstwahrscheinlich nicht mehr in der Lage, seine Arbeit selbstständig wahrgenommen. Die im § 72 Abs. 2 des Gesetzes bestimmte dreimonatliche Frist konnte deshalb unzureichend bes. Pflegers erst zu laufen beginnen, wodurch das zur Bevorsorge seiner Rechtsangelegenheiten ein Vertreter bestellt worden war. Das ist erst am 30. April 1909 geschah. Der Bruder des Pflegers, der zu jenem Tage zu seinem Pfleger bestellt worden ist, hat jedoch durch Erzettel vom 13. Juli 1909, also rechtzeitig innerhalb der vorgerichteten Frist von drei Monaten des Entschädigungsanspruch bei der Beflagten aufgehoben.“

Bei der weiteren Entscheidung des Falles hat sich das Reichsversicherungsamt im wesentlichen dem von ihm eingeforderten Gutachten der Heil- und Pflegeanstalt Soesthofe angelehnt. Hierzu leidet der Pfleger an Epilepsie, die mit überwiegender Wahrscheinlichkeit auf den Unfall vom Oktober 1904 zurückzuführen ist. Der Senat hatte keinen Anhalt, trotz der einschneidenden Anklage des Dr. Pfeiffer, den jetzt eingehenden und forschältigen Darlegungen des Gutachters, den Pfleger seit langem ärztlich behandelt, entgegenzutreten, zumal da sich auch der erhabende Seite Dr. Pfeiffer in weitestgehend gleichem Einvernehmen ausgesprochen hat.

Am 6. August erhielt der Pfleger seitens der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaft die Mitteilung, daß nach der Berechnung des Rentenbeitragszuges von 1251,-, die vom 1. März 1908 bis Ende August 1912 zu zahlende Rente 3461,10,- beträgt. Die weiter zu zahlende Rente beträgt monatlich 69,50,-.

Die Rücksichtnahme: Alle Arbeiter, die auch unter den geringsten Unfällen der Baugewerbe erleiden, mögen sofort beruhigt werden, oder den Übergeber zur Auszahlung veranlassen. Dies gilt es, seine Mitarbeiter jedoch auf die erlittene Verletzung oder den Unfall aufmerksam zu machen, damit sie ebenso rasch die Angaben befragten können. Nur durch die Vermittlung des Zeugen und dessen Beurichtigung des erhabenen Unfalls kann es möglich, einen günstigen Urteil für den Belegten zu erzielen.

Wie erwirbt man die Staatsangehörigkeit?

Um die ausgewanderten Parteifamilien zu erhalten, die in den letzten Jahren in Deutschland zu Wohnsitz wählten, ist die Bevölkerung jetzt fort bestreben, um sie zu halten. Auswanderung ist das Geschäft, und die Auswanderer sind die einzigen Bewohner, die jetzt noch immer nach Deutschland kommen. Durch diese Auswanderung, die auch immer zunimmt, sind auch viele Einwohner des ehemaligen deutschen Staates in andere Staaten ausgewandert, denn viele aus den sozialdemokratischen Staaten gehen nach den sozialdemokratischen Staaten ausgewandert, sondern auch aus den sozialdemokratischen Staaten ausgewandert, um in anderen Staaten zu leben. Die Bevölkerung ist nach der Bevölkerung, und ebenso ist es so in allen Staaten.

Stolzen Toten, und ebenso, wenn man die Bevölkerung einer Großstadt zusammenführen könnte.

Durch die Einwanderung in einen Bundesstaat wird aber der Angehörige eines anderen Bundesstaates noch nicht Angehöriger in seinem neuen Heimatstaat, sondern der Einwanderer muss diese Staatsangehörigkeit erst besonders erwerben. Erst durch Erwerb der Staatsangehörigkeit wird der Einwanderer aus einem anderen Bundesstaate vollberechtigter Staatsbürger, kann er sich bei der Landtagswahl, bei Stadtverordnetenwahlen beteiligen, kann er auch bestimmte öffentliche Ämter übernehmen. Nur Beamte machen hier eine Ausnahme. Daarum, daß sie — auch als Angehörige eines anderen Bundesstaates — Beamte in einem Bundesstaat werden, und sie auch ohne weiteres Staatsangehörige in dem Bundesstaat, dem sie angezogen sind.

Auf welche Weise wird nun die Staatsangehörigkeit erworben? Zunächst besteht ein großer Unterschied darin, ob jemand Angehöriger eines anderen deutschen Bundesstaats, also Reichsangehöriger, oder Ausländer ist. Ein Ausländer muss sich um Angehöriger eines deutschen Bundesstaates zu werden, naturalisieren lassen. Ein Gutachter um Naturalisation kann ohne weiteres abgewiesen werden, dagegen kann der Aufnahmeantrag eines Reichsangehörigen nur unter gewissen gelegentlich festgelegten Voraussetzungen abgelehnt werden, z. B. wenn jemand während der letzten zwölf Monate wiederholt wegen Bettelns oder wegen Landstreicher bestraft worden ist, oder wenn jemand unter Polizeiauflage steht. Als Voraussetzung zur Stellung eines Antrages auf Aufnahme in den Staatsverband sind zunächst notwendig: die Bescheinigung über die Wohnungsniederlassung (polizeiliche Anmeldung), ein Staatsangehörigkeitsausweis, die Geburtsurkunde und die Militärpassiere. Die Geburtsurkunde muss eingesondert werden für solche Personen, die nach dem 5. Februar 1875 geboren sind, bei den heimatlichen Standesämtern, für Personen, die vor dem geboren wurden, bei den zuständigen Pfarrämtern. Der Staatsangehörigkeitsausweis wird von den höheren Verwaltungsbehörden in der früheren Heimat ausgestellt. Ebenso ist es zweckmäßig, auch das Aufnahmegesetz zugleich an die höhere Verwaltungsbehörde, die in Betracht kommt, zu richten, in Preußen z. B. an den Regierungspräsidenten und speziell in Berlin an den Polizeipräsidiumen. Davor müssen auch niedere Verwaltungsbehörden, wie der Landrat und Magistrat, derartige Gesuche entgegennehmen, diese Behörden schicken aber diese Gesuche auch wiederum an die obere Verwaltungsbehörde, so daß dadurch nur eine Verzögerung eintritt. Will jemand seine Frau mit in den Staatsverband aufnehmen lassen, so muß er dies besonders bemerkten und die Urkunde über die Scheidung beifügen, dagegen ist für die Ehefrau ein Ausweis über die Staatsangehörigkeit nicht notwendig. Wird einem Nachkommenden die Aufnahme in den Staatsverband verweigert, so sieht ihm das Recht der Weiswerde und auch das Streitverfahren bei den Oberverwaltungsgerichten zu.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die Steuerleistung im Falle von Arbeitslosigkeit. Die Frage, ob bei eintretender verschuldeter Arbeitslosigkeit die Steuerleistung aufzuheben habe, ist bis jetzt nicht immer einheitlich von den Finanzbehörden behandelt worden. Die einschlägigen Bestimmungen liefern verschiedene Neubildungen zu. Es ist beachtigt, diese Frage bei der Steuerreform endgültig und einheitlich zu regeln. Schon in den Steuerformularen ist die Frage angeschnitten worden, und es sollte ein Einverständnis mit dem Finanzministerium erzielt werden. Nach der gegenwärtigen Rechtslage kann bei allen denjenigen Steuerpflichtigen auf ihren Antrag eine Erleichterung der Einflussnahme erfolgen, deren Einommen infolge Wegfalls einer Einkommensquelle sich um mindestens ein Fünftel gegen die Belastung des laufenden Steuerjahrs verringert hat. Dieser Fall trat ein, wenn ein landwirtschaftlicher Angestellter pensioniert wurde, ein Arzt keine Praxis ausübte oder ein Beamter in Pension ging. Bei gewerblichen Arbeitern lag die Sache aber anders. Das Oberverwaltungsgericht hatte entschieden, daß bei gewerblichen Arbeitslosigkeit nicht als Verlust einer Einkommensquelle anzusehen sei, da die in Betracht kommende Einkommensquelle, die Körperfrost, nach wie vor besteht. Nur bei Unglücksfällen sollte eine Steuererleichterung eintreten. Zugleich wurde in der Praxis eine Herabsetzung der Steuer auch Lohnarbeitern zugetragen, wenn die Arbeitslosigkeit ununterbrochen zu dauern drohte. Der Arbeiter war also den übrigen Jahren gegenüber ungünstiger gestellt. Der Steuerabzug war gleichzeitig nicht festgelegt, auch wurde die zehnmonatige Arbeitslosigkeit nachgewiesen, und im günstigsten Falle trat der Steuerabzug erst vier Monate nach dem Beginn der Arbeitslosigkeit ein. In Zukunft soll die Frage unter Beibehaltung des jetzigen Modus einheitlich für alle Beiträger geregelt werden, und zwar so, daß der Steuerabzug sofort eintritt. Wird nachgewiesen, daß während des Steuerjahrs infolge des Wegfalls einer Einkommensquelle, infolge Arbeitslosigkeit oder infolge eines gesundheitlichen Unglücksfalls das veranlagte Jahreserlöse eines Steuerpflichtigen um mehr als den jüngsten Teil herabgesetzt worden ist, so kann für das betreffende Steuerjahr vom Beginn des auf den Eintritt der Einkommensverminderung folgenden Monats ab eine dem verbliebenen Jahreserlösen entsprechende Erleichterung der Einkommenssteuer beansprucht werden. Diese Regelung soll im Einkommenssteuergesetz festgelegt werden, so daß die Frage des Steuerabzuges für alle Beiträger einheitlich geregelt ist, gleichwohl ob eine lange oder kurze Arbeitslosigkeit besteht. Hat den Eintritt der Arbeitslosigkeit nicht nachgewiesen, bzw. eine Veränderung des Einkommens und die Konsequenz hat dies kontrahiert, wenn jemand eine schlechter bezahlte Stelle eingeht, so ist die Arbeitslosigkeit hat annehmen müssen.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hat für die

Bereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz durch einen deutschen Sozialpolitik hochverdienten Generalsekretär Prof. Dr. C. Franke einen Tätigkeitsbericht für die Jahre von 1910 bis 1912 erscheinen lassen, der eine detaillierte Arbeit dieser Organisation widerspiegelt. Der wichtigste Bereich dieser Organisation ist die Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt wurden, sowie die Jugendarbeit, welche die den wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Reichsversicherung, Hausarbeitsgesetz, kleine Gewerbeordnung, neue — hat die Gesellschaft für Soziale Reform nachdrücklicher Weise mitgewirkt; führende Mitglieder von ihr haben sich sowohl bei den komplizierten Verhandlungen wie beim Zustandekommen dieser sozialen Gesetze verdient, welche die notwendige weitere Regelung der Sonntagsruhe sowie der Konkurrenzstaat ist die Gesellschaft durch ihre Literatur wie durch Petitionen eingetreten. Besonderer Nachdruck wurde den Berichtsjahren auf zwei Hausarbeitsgebiete gelegt, auf die Weiterverfolgung der Privatangestelltenfrage, die auf der

sichtsbeamten keine Folge leistet. Gelegentlich des Bergarbeiterstreits war der Bergmann St., der vor einem Begehrgesuch aufgestellt genommen hatte, der Aufforderung eines Polizeibeamten, sich zu entfernen, nicht nachgekommen. Nachdem St. vom Schöffengericht zu Gelsenkirchen und auch von der Strafkammer verurteilt worden war, legte er Revision beim Kammergericht ein und behauptete, die Oberpräsidial-Polizeiverordnung sei ungültig, da sie über § 366 X des Strafgesetzbuchs hinausgehe; insbesondere stehe in dem Reichsstrafgesetzbuch nichts von Ordnung auf Straßen und öffentlichen Wegen und Plätzen. Das Kammergericht wies jedoch die Revision als unbegründet zurück und führte u. a. aus: „Sich sei Streikpostenstellen keine strafbare Handlung. Strafbar sei aber die Übertretung von Strafgerichtsverordnungen, welche bestimmen, daß derjenige sich strafbar mache, welcher den zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit auf der Straße erlassenen Anordnungen der Aussichtsbeamten keine Folge leiste. Die Grundlage solcher Vorschriften sei in § 10, 11, 17 des Allgemeinen Landrechts, der nach wie vor rechtsgültig sei, und § 96, 12, 16 des Polizeiverwaltungsgesetzes zu finden; hiernach habe die Polizeibehörde nicht nur für Leben und Gesundheit, sondern auch für die Leichtigkeit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen Sorge zu tragen. Derartige Polizeiverordnungen beziehen sich aber nur auf rechtlich öffentliche Straßen. Mit anderen Worten bejaht dieses Urteil: das Streikpostenstellen ist zwar gesetzlich erlaubt, die Polizei aber hat es in der Hand, es zu jeder Zeit unwirksam zu machen.“

Aus dem Baugewerbe.

Unter dieser Rubrik finden Baumfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baumfälle sind so schnell wie möglich einzusenden.)

Freiburg i. Br. Am 19. August verunglückte unser Kollege Augustin Meßmer aus Reute. Durch das wochenlange Regenwetter gab das Erdreich beim Ausstechen nach. Der Kollege kam mit seinem Fuß zwischen die nachrutschenden Erdmassen und den Karten, und wurde ihm so der Fuß abgedrückt. Er wurde in das Krankenhaus gebracht. Dies schreckliche Unglück mahnt bei der schlechten Witterung wieder doppelt zur Vorsicht.

Hamborn. (Schwerer Unfall!) Am Donnerstag, den 5. September, stürzte der Stukkaturmeister Bösch aus Hamborn von der dritten Etage eines Neubaus ab und erlitt dabei derart schwere Verletzungen, daß er kurz darauf starb. Wie wir hören, wollte Bösch an der Dachseite einer Fronttpise arbeiten. Um dahin zu kommen, benutzte er den Weg durchs Dachfenster. Hierbei stürzte er ab. Allem Anschein nach sind die Gründe sehr ungewöhnlich gewesen.

Saarbrücken. Ein schweres Bauunglück trug sich am 10. September an dem Neubau Ecke Förster- und Richard-Wagner-Straße zu. Der Tagelöhner Heugel aus Malsatt, der oben auf dem bis zum Dachgeschoss aufgeführten Bau stand, um die von einem Motorauflauf gehobenen Lasten abzunehmen, verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte herab. Mit schweren Kopfverletzungen und Brustquetschungen blieb er bewußtlos liegen. Die Sanitätswache brachte den Verunglückten nach dem Krankenhaus auf dem Neppersberg.

Bücherschau.

Im Christlichen Gewerkschaftsverlag in Köln, Eintrachtstraße 147, ist erschienen:

Führer durch die soziale, staatsbürglerliche, sozial-politische und wirtschaftliche Literatur.

Unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse und Bedürfnisse. Preis im Buchhandel 10,50 R., für Mitglieder 0,20 R. Über den Inhalt des „Führers“ sei kurz folgendes angegeben: Einleitung: 1. Vom Föder des Führers, 2. Die Kunst des Lesens, 3. Kritisches Lesen, 4. Der zunächstliegende Gedanke. Die soziale und wirtschaftliche Literatur. Die Zusammenstellung der Bibliotheken. Übersicht der Literatur. Der Hauptteil der Broschüre bringt eine systematische geführte Übersicht über die wichtigste, gute und billige Literatur und enthält ferner kurze Anmerkungen über Charakter und Tendenz der verzeichneten Schriften. Wir hoffen, dieses sehr zu empfehlende Schriftchen, welches dem bildungs- und lesebedürftigen Kollegen willkommen sein wird, nach Kräften zu verbreiten.

Ferner empfehlen wir: **Rasslenbeul.** „Die Stellung der Sozialdemokratie zum Christentum“. Einzelpreis 10 Pf., bei Partien von 10 Exemplaren an bedeutend billiger.

Die Gelben in der deutschen Arbeiterbewegung. Unter diesem Titel ist soeben im Christlichen Gewerkschaftsverlag Köln, Eintrachtstraße 147, eine Broschüre von Heinrich Imbisch erschienen, die auf 118 Seiten reichhaltiges und wertvolles Material über die gelbe Bewegung zusammenträgt. Im Vorwort der Schrift wird hingewiesen, daß in letzter Zeit eifrig die antialtkatholische Lärmtrommel gerührt würde, um den unternehmerischen Gruppen Sympathien, Geld und Mitglieder zu gewinnen, und daß man sich große Mühe gebe, die konfessionellen Arbeiter- und Standesvereine der gelben Bewegung dienstbar zu machen: „Das muß hören. Die gelbe Bewegung muß als das angesehen werden, was sie ist, als eine Bewegung zur Förderung der Arbeitgeberinteressen. Sie ist nicht weiter im trüben fischen. Die vorliegende ist soll mit zur Aufklärung beitragen und die notwendige Auseinandersetzung erleichtern.“ Das Titelbild Schrift bringt eine treffende Charakteristik der Gelben: den tiefsinnigen Arbeitern thront ein Beaumgarten-Unternehmertum, der mit einer hand Wohltaten streut, mit der andern die Peitsche dirigierend handelt. Die Schrift, die im Buchhandel eine Marke für

die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine 20 Pf. kostet, wird allen, die in der Arbeiterbewegung stehen oder sich mit ihr beschäftigen müssen, wertvolle Dienste leisten.

Abrechnung der Zentralkasse für das erste Halbjahr 1912.

Einnahme	M	R
An Eintrittsgebühren	6 416	—
„ 85 % der wöchentlichen Beiträge	292 008	78
Für Futterale	3 332	55
„ Hauskassiererbücher	225	45
„ Stempel	110	45
„ Inserate und Abonnements der Baugewerkschaft	863	21
„ Verbandstagsprotokolle	158	05
„ Verbandsplakate und Karten	54	15
„ Broschüren und Erzählbücher	977	90
An Darlehen zurück und Zinsen	9 762	91
„ Versicherungsbeiträge der angestellten Kollegen und Sonstiges	542	15
Reineinnahme	314 446	60
Dazu Kassenbestand vom 31. Dez. 1911	624 962	66
Gesamteinnahme	939 409	26

Ausgabe	M	R
a) Verbandsorgane:		
Für Sak, Druck, Papier und Expedition der Baugewerkschaft	17 165	59
„ Redaktion und Mitarbeit	2 569	88
„ Porto	9 070	10
„ Zeitungen und Zeitschriften	532	10
„ Politisches Organ	2 307	27
„ Italienisches Organ	1 746	43
„ Holländisches Organ	640	15
b) Agitation:		
Für Unterhaltung der Bezirkssekretariate	56 363	39
In der Zentralstelle und Zusatz zu anderen Sekretariaten	4 055	92
In den Verwaltungsstellen für Rechnung der Zentralkasse	1 253	41
Für Beschaffung von Bezirkskonferenzen	1 198	30
c) Unterstützung:		
Für Rechtsschutz	2 873	98
„ Krankenunterstützung	26 763	65
„ Sterbeunterstützung	7 342	—
„ Lohnbewegung und Streikunterstützungen	20 236	49
„ Streifunterstützungen an andere Verbände	2 000	—
„ Gemahregelsten- und Inhaftiertenunterstützung	1 127	81
d) Verwaltung:		
Für Gehalt	9 915	23
„ Aushilfe	1 626	84
„ Kassenrevision	160	40
„ Aufrichtigung von Mitgliedsbüchern, Statuten und Flugblättern	11 668	85
„ Aufrichtigung von Rentenmarken	2 032	75
„ „ „ Stempel	316	—
„ „ „ Tarifverträgen	1 354	36
„ Büromiete und Einrichtung, Schreibmaterial und sonstige Büroaufwendungen	4 009	63
„ Porto, Telegramme und Abtragegebühren	2 438	94
„ Beiträge zum Gesamtverband	6 136	12
„ Versicherungsbeiträge, Unfall-, Invaliditäts- und Beamtenunterstützungsfonds	5 866	—
„ Buchhandel, Bibliothek u. Broschüren	1 096	90
„ Buchbindereiarbeit	1 285	55
An die Verwaltungsstellen zurück und Bauarbeiterchutz	546	68
„ Unkosten für Konferenzen u. Kongresse	686	95
„ Ausbildung von Mitgliedern	4 900	15
Für Verluste durch eingegangene Verwaltungsstellen u. Unterschlagungen	200	—
Summa	213 129	10

Abschluß	M	R
An Einnahme	314 446	16
„ Ausgabe	213 129	10
An Überschluß	101 317	50
Dazu Kassenbestand vom 31. Dez. 1911	624 962	66
Dazu Kassenbestand am Schlusse des 1. Halbjahrs 1912	726 250	16

Vorliegende Abrechnung haben wir geprüft und mit den Belegen in Einnahme und Ausgabe in Übereinstimmung befunden. Der Kassenbestand ist uns nachgewiesen.

Berlin, den 5. September 1912.

Die Revisoren: Für den Zentralvorstand:
 A. Schenck, Königberg. J. Wiedeburg, I. Vorlesender.
 H. Holmann, Braunschweig. Fr. Jacoby, Kassierer.
 Th. Hänschen, Bochum. Fr. Hildebrandt, Hannover.
 A. Kreß, Gladbeck i. Westf.

Bekanntmachungen.

Achtung, Rekruten! Unsere Kollegen, die demnächst zum Militär einrücken müssen, möchten wir darauf aufmerksam machen, daß die Invaliden-Duitungskarten nach dem Invaliden-Versicherungsgesetz nur eine Gültigkeitsdauer von zwei Jahren, vom Tage der Ausstellung der Karten gerechnet an, haben. Wird die Karte innerhalb dieser Zeit der Polizeibehörde zum Umtausch oder zur Verlängerung nicht vorgelegt, so verliert sie nach dem Gesetz ihre Gültigkeit. Um sich vor Schaden zu schützen, mögen die beim Militär eingetretenden Kollegen vorstehendes beachten.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes betreffend Beitragszahlung während der Krankheit.

Über die klaren Bestimmungen des § 18 Abs. 8 des Verbandsstatuts werden in einer Reihe von Verwaltungs- und Zahlstellen während der Krankheit der Mitglieder schon vor Ablauf der 13. Woche Krankenmarken gegeben. Nach § 18 Abs. 8 des Statuts haben erkrankte Mitglieder für die Zeit, in welcher sie vom Verbande Krankenunterstützung beziehen, den vollen Wochenbeitrag zu zahlen. Mitglieder, welche zum Bezug der Krankenunterstützung noch nicht berechtigt sind, zahlen den Arbeitslosenbeitrag. Mitglieder, die ununterbrochen länger als 13 Wochen krank sind und nach der 13. Woche vom Verbande keine Unterstützung beziehen, sind vom Beitrag befreit und dürfen erst dann Krankenmarken gelebt werden. Die Vorstände der Verwaltungs- und Zahlstellen werden hiermit angewiesen, sich an diesen im Statut festgelegten Bestimmungen zu halten.

Der Zentralvorstand.
 J. A.: J. Wiedeburg.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes betreffend Militärunterstützung.

Auf Grund des § 30 des Verbandsstatuts erhalten sie zu mehrjährigem Militärdienst eingezogenen Verbandsmitglieder zu Weihnachten des zweiten Dienstjahres und nach erfolgter Entlassung aus dem aktiven Dienstverhältnis je eine Unterstützung von 3–6 R., insgesamt von 6–12 R.

Vorbedingungen für den Bezug dieser Unterstützung sind: 1. eine Mindestzeitdauer von einem Jahr, 2. Zahlung der Beiträge bis zum Eintritt in das Militärverhältnis, 3. Einsendung des Mitgliedsbuches resp. der Karte an den Zentralvorstand.

Die Verbandsmitglieder, welche diesen Herbst zum Militär eingezogen werden und bei denen die beiden ersten Vorbedingungen erfüllt sind, werden ersucht, ihre Mitgliedsausweise (Buch oder Karte) sofort nach erfolgter Abmeldung bei ihrem Verwaltungs- resp. Zahlstellenvorstand an den Zentralbureau des Verbandes einzusenden. Die Mitgliedsausweise werden während der Militärzeit im Zentralbureau des Verbandes aufbewahrt; über die erfolgte Einsendung erhalten die Mitglieder eine Bescheinigung. Die Rückgabe des Mitgliedsausweises erfolgt nach Austritt aus dem aktiven Militärdienst unter Begleitung bejagter Bescheinigung seitens des Verwaltungs- resp. Zahlstellenvorstandes, bei dem sich das Mitglied innerhalb von vier Wochen nach der Dienstentlassung anmeldet. Dort gelangt auch die zweite Unterstützungsrate zur Auszahlung. Die Mitglieder, welche diesen Herbst eingezogen werden und die hier bekanntgegebenen Bedingungen erfüllen, erhalten zu Weihnachten 1913 die erste Unterstützungsrate, falls sie kurz vorher dem Zentralbureau ihre Adresse mitteilen. Mitglieder, die diese Bedingungen nicht erfüllen, kann die Militärunterstützung nicht gewährt werden.

Mitglieder, die in diesem Herbst zur Entlassung kommen, erhalten die Hälfte (2. Rate) der Militärunterstützung, wenn sie sich innerhalb vier Wochen in einer Zahl- oder Verwaltungsstelle als Mitglieder anmelden. Sie müssen jedoch vor dem Eintritt beim Militär mindestens ein Jahr dem Verbande angehört und ihre Beiträge bis zum Eintritt beim Militär bezahlt haben.

Die Verwaltungsstellen haben das Mitgliedsbuch sowie Militärpaß des Kollegen an die Zentrale einzusenden, worauf dann die Anweisung zur Zahlung der Unterstützung erfolgt. Diese Kollegen erhalten dann gleichzeitig neue Mitgliedsbücher.

Der Zentralvorstand.
 J. A.: J. Wiedeburg.

